

heften erledigt, fast als belanglos. Daß er sich zum Beispiel auch nicht darauf besinnen kann, dem „Marsch auf Berlin“ zugestimmt zu haben, wenn mehrere Zeugen diese seine Zustimmung ausdrücklich bekunden wollen, paßt nur zu sehr in den Rahmen des Bildes, das sich die Welt auch sonst schon von dem Generalgewaltigen der bayerischen Reaktion gemacht hat.

Aber eine andere Frage taucht immer wieder auf, die bisher in öffentlicher Sitzung nicht behandelt wurde: wer hat die Kampfbünde der Hitler, Heß, Roehm und Weber befohlen und wer hat sie allen Entwaffnungsgesetzen zum Trotz so stark bewaffnet, daß sie eine dauernde Gefahr für die Sicherheit des Landes und des Reiches wurden? Was in der Dunkelkammer der Geheimniskammer verhandelt worden ist, entzieht sich selbstverständlich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Der Ausschluß dieser Öffentlichkeit erfolgt ja regelmäßig unter der Begründung, daß die zu erörternden Dinge „die Staatsicherheit gefährden“ würden. Wir können aus dem Grunde nicht annehmen, daß gerade diese bisher unbeantwortete Frage hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde. Denn das Auftreten der bewaffneten Heerscharen war doch in Bayern und in ganzen Reich ein offenes Geheimnis. Die Kampfbünde haben doch ihre „Vorbildübungen“ ganz offen abgehalten und, wie im Prozeß bekannt wurde, zeitweilig sogar den Kommandeur der Reichswehr Vossow dazu eingeladen. Schon dieses Dulden der bewaffneten Kampfbünde war ein schwerer Verstoß gegen die Gesetze des Reiches. Wird Rahr oder Vossow oder das Gericht darüber Ausschluß geben, ob diese Duldung bewaffneter Banden von der bayerischen „Staatsautorität“ als rechtmäßig anerkannt worden ist?

Der Prozeß enthält Bilder von baltischen Zuständen. Die Komitativführer intrigieren gegeneinander und miteinander gegen den Staat und das Reich. Sie haben jahrelang das Spiel getrieben, bis die deutsche Republik tatsächlich in allen ihren Teilen zermürbt worden ist. Den letzten Krampf spielen sie jetzt in diesem Prozeß selbst aus. Die Tatsache, daß das Volksgericht in München und nicht der Staatsgerichtshof zu Leipzig über die Verbrecher aburteilen soll, bedeutet eine offene Fronde gegen das Reich. Vor dem Staatsgerichtshof wäre allerdings die nationale Ehre der Hochverräter um Ludendorff und Rahr nicht voll zur Geltung gekommen. Dort hätte man wahrscheinlich die bayerischen „Belange“ ein wenig kritischer nachgeprüft als vor dem sogenannten Volksgericht in München, wo die Angeklagten rollende Anklagereden hielten und das Reich samt allen seinen Einrichtungen abkanzeln dürfen, als ständen sie nicht auf der Anklagebank, sondern als Sieger an der Säule vor dem Reichstag.

Das Ende des Reichstags.

Auflösung ohne Abstimmung.

Die Auflösung des Reichstags wird mit großer Wahrscheinlichkeit am Donnerstag oder Freitag erfolgen. Die Reichsregierung ist endgültig zur Auflösung entschlossen. Die Regierungsparteien werden es jedoch nicht mehr auf eine Abstimmung ankommen lassen. Die Ereignisse werden sich voraussichtlich in der Weise vollziehen, daß, da an eine Zurückziehung der Anträge auf Abänderung der Notverordnungen nicht zu denken ist und auch ein Antrag auf Robergang zur Tagesordnung über diese Anträge nicht erwartet werden kann, der Reichstagspräsident nach Abschluß der allgemeinen Beratung und vor Eintritt in die Spezialberatung der Anträge die Auflösung erklären wird, deren Begründung in der Gesamthaltung des Reichstags gegeben sein würde.

Die Frage des Wahltermins ist noch nicht endgültig entschieden. Das Zentrum bereitet einen Antrag vor, der die Wahlen an einem Wochentag vor Ostern ermöglichen soll. Für den Bruch die Ausübung des Wahlrechts eingegangenen Verdienst soll den Arbeitern und Angestellten Lohnsicherung auf Kosten der

Unternehmer gegeben werden. Eine Stellungnahme der Fraktionen zu einem solchen Antrag ist noch nicht erfolgt. Vom Wahltermin hängt der Zeitpunkt der Auflösung ab.

Der Reichstagspräsident des Reichstags hat die Dispositionen für den Rest der Tagung so getroffen, daß am Donnerstag oder Freitag die Auflösung des Reichstags erfolgen kann. Am Mittwoch werden das Postfinanzgesetz, das Gesetz über die Ausprägung von Silbermünzen und der deutsch-nationale Antrag wegen der Wahl des Reichspräsidenten, und am Donnerstag das Gesetz über die Goldkreditbank erledigt werden. Der Sparauschuss des Reichstags, der die Beschwerden der Beamten über den Personalabbau zu prüfen hat, soll als ein Ausschuss bei der Regierung fortbestehen. Ueber eine Verlängerung der Gültigkeit der Freifahrtarten der Abgeordneten bis zur Neuwahl soll noch mit dem Reichsrat verhandelt werden.

Ferner ist vorgesehen, aber noch nicht bestimmt beschlossen worden, daß die Wahltagung während der Karwoche ruhen soll, in dieser Woche also keine Versammlungen abgehalten werden sollen.

Die „unsichtbare“ Besatzung.

Trotz der Zusicherungen, daß nach Abbau des passiven Widerstandes die Besetzung im Ruhrgebiet möglichst unsichtbar gemacht werden solle, sind erneut in großer Anzahl Beschlagnahmungen von Gebäuden und Wohnräumen vorgenommen worden. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat nun den französischen Oberbefehlshaber gebeten, wenigstens für das Ruhrgebiet zuzusichern, daß Neubauten nicht beschlagnahmt werden. Obwohl wohl weiteres einleuchtet, daß eine solche Zusicherung eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederbelebung der Bauwirtschaft bildet, hat der französische General noch in den letzten Tagen diese Zusicherung ausdrücklich abgelehnt.

Es sind dann mehrere Versuche unternommen worden, um die französischen Beschlagnahmer zu bestimmen, von der Beschlagnahme von Schulen Abstand zu nehmen. Auch hier sind die deutschen Vorstellungen ohne Erfolg geblieben. Aus einer vorliegenden Uebersicht ist mitzuteilen, daß noch in den letzten Monaten erhebliche Mengen von Schulen und Schulhäusern beschlagnahmt worden sind, u. a. im Landkreis Krefeld eine Schule sowie die Turnhalle; im Landkreis Essen neuerdings acht Schulen; im Stadtkreis Düsseldorf zwölf Schulen und zwölf Turnhallen; in der Bürgermeisterei Bedau zwei Schulen und das Seminar; in Heibert eine Schule; in Venney zwei Schulen; in Remscheid zwei Schulen; in Wälsrath zwei Schulen; in Geldern eine Schule. Außerdem wurden in einer Reihe von Orten noch Schulhäuser und Schulgebäude teilweise beschlagnahmt. Aus Kettwig werden besonders sehr erschwerte Unterrichtsverhältnisse gemeldet; im Stadtkreis Remscheid sind 1288 Schulkinder nicht oder nicht ausreichend beschult; im Stadtkreis Düsseldorf sind 6743 Schulkinder nicht oder nicht ausreichend beschult.

Nach einer weiteren Uebersicht aus dem aktbesetzten Gebiet sind dort bisher angefordert an Bauten zwei- und zwanzig Truppenlager, die zum größten Teil als massives Barackenbauten ausgeführt werden müssen. Angefordert sind Truppenlager in Aachen drei, je eins in Erkelenz, Geilenkirchen, Reuf, Bonn, Beul, Godesberg, Kreuzberg-Ähr, Euskirchen zwei Lager, Weixenturm bei Koblenz, Altdrill, Krefeld, Hoch-Emmerich, Homberg, Heert bei Düsseldorf, Rheinfamp, Repten, Märs, Leidenhausen. Es sind zudem verlangt worden Neubauten von 19 Kasernen und Kasernenanlagen, und zwar in Bonn, Hörterheide, Solingen, Kreuznach, Soderndheim, Ludwigsbühl, Warben, Reustadt a. d. Haardt, Mainz, Cochem, Mainz-Kombach, Ulfhorn, Biberich, Dohheim, Schierstein, Ring, Gonsenheim. Außerdem müssen noch zur Entlastung der Gemeinden weitere 11 Kasernen gebaut werden, und zwar zwei Kasernen in Bingen, zwei Kasernen in Kreuznach, je eine Kaserne in Bongenschwalbach, Königstein, Dörsin, Höchst, Ems, Oberstein und St. Goar.

Schacht wieder in Paris. Der Vorkonferenzschuß des Komitees Dames trat Dienstag nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen, der Reichstagspräsident Schacht beizuwohnt.

Vergeßt die Kriegsbeschädigten nicht!

Der Ausschuss für Kriegsbeschädigtenfragen beschloß am 7. März mit über 50 Petitionen, die meist in Form von Protestschreiben, Resolutionen und Telegrammen zu einem erheblichen Teile auch mit ausführlichen Begründungen dem Reichstag zugegangen waren. Sie gingen von allen Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen aus und wendeten sich insbesondere gegen die niedrigen Goldrentensätze der Versorgungsberechtigten, gegen die in der Personalabbauordnung des Reiches vom 27. Oktober 1923 enthaltenen Bestimmungen, soweit sie die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen betreffen und gegen die niedrige Abfindungssumme für die Kriegsbeschädigten usw. Der Berichterstatter beantragte, sämtliche Petitionen der Reichsregierung zu überweisen. Genosse Meier-Zwickau erklärte im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion sich damit einverstanden, brachte aber zum Ausdruck, daß es unzulänglich wie bisher die ungenügende Versorgung der Kriegsoffer nicht bleiben könne. Seine Partei sei nicht in der Lage, die Verantwortung für den bisherigen Zustand länger zu tragen. Er beantragte, daß der Reichstag noch vor seinem Ende wenigstens einen Teil des an den Kriegsoffern begangenen Unrechts wieder gutmache. Der Antrag des Genossen Meier fand die Zustimmung des Ausschusses. Durch eine engere Kommission wurde eine Entschleunigung des Verfahrens, noch der die Reichsregierung ersucht wird, die Renten der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und sonstigen Militärentiner zum 1. April 1924 allgemein zu erhöhen und in Anlehnung an die Beamtenbesoldung auch örtliche Sonderzuschläge zu bewilligen. Gleichzeitig soll für alle Gruppen das Verhältnis zur Beamtenbesoldung mindestens so wiederhergestellt werden, wie es bei der Verabschiedung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom 23. Juni 1923 bestanden hat. Der Ausschuss hat am Dienstag den Bericht der engeren Kommission gebilligt. Eine weitere sozialdemokratische Anregung, die Abfindungssumme bei Wiederbeschäftigungen den jeweiligen Verhältnissen anzupassen, wurde der Regierung zur weiteren Erledigung überwiesen.

„Militärische Sparsamkeit.“

In unserer Ausgabe vom 1. März 1924 (Morgenausgabe) brachten wir eine Notiz über „Militärische Sparsamkeit“. Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums sendet uns dazu folgende Mitteilung:

„Die Angaben in dem Artikel „Militärische Sparsamkeit“ entsprechen nicht den Tatsachen. Der Wohnungswechsel des Obersten v. G. soll sich in einem Taubdinge vollziehen. Der Wohnungstausch, an dem Oberst v. G. beteiligt ist, ist dadurch veranlaßt worden, daß bei Familien, die nicht dem Heere angehören und gleichfalls am Kauf beteiligt sind, sich unübersehene Schwierigkeiten ergeben haben, die jetzt behoben sind.“

Diese Richtigstellung geht allerdings an dem Kern der Dinge vorbei. Es war in jener Notiz mitgeteilt worden, daß die (militärisch gebildete) Wohnungskommission entschieden habe, die dem Obersten v. G. zugewiesene Wohnung sei unzulänglich, weil die 10jährige Tochter durch das Schlafzimmer ihres 6jährigen Bruders gehen müsse und das die Sittlichkeit gefährde. Ist das auch unrichtig?

Die Eingemeindungsfrage in Preußen.

Der Landtagsausschuß für die preussische Verwaltungsreform beendete am Dienstag die erste Beratung der Stadt- und Landgemeindefrage. Zur Eingemeindungsfrage wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach eine Eingemeindung nur durch Gesetz erfolgen kann, aber wenn die beteiligten Gemeinden sie mit Zweidrittelmehrheit beschließen haben. Wegen des Beschluß der Gemeinden ist Bürgerrechtsbegehre und -entscheid zulässig. Die Bestimmungen über die Stadtwerdung von Gemeinden wurden unverändert nach den Regierungsvorschlägen angenommen.

Der amerikanische Erdölskandal, in dem nach den Feststellungen der Untersuchungskommission des Senats schon 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verwickelt sind, hat nun zum Rücktritt des Marineministers Denby geführt.

Deutsche Freiheitskämpfer in fremdem Geistesleben.

Eine geschichtliche Reminiscenz von J. Rißer.

Ein früherer Jug spielt im Antlitz des deutschen Volksgenies. Von tausend fürperlichen und geistigen Sorgen bedrückt, vor wirtschaftlichen Nöten nicht mehr aus noch ein wissend, sehnen sich heute wieder große Scharen hinaus aus dem hartgeprüften Vaterlande. Trotz allem Fleiß und aller Redlichkeit wurde ihnen die Heimat zu etwas Unabstehbarem, und wieder, wie in früheren ähnlich gelegenen Zeitaltern, suchen sie in der außerdeutschen Fremde Glück und Zukunft.

Es ist heute im wesentlichen die wirtschaftlichen Mängel, die so manchen außer Landes treiben, so waren es einstmal geistige Bedürfnisse, die einen Teil der Besten unseres Volkes landflüchtig werden ließen. Fünfundsechzig Jahre waren es im vorigen Sommer, seit, nach Freiheitskämpfer, der „Reichsplan der Reaktion“ sich über die deutschen Gauen zu breiten begann und das im März mächtig anschwellende Freiheitssehnen in allen seinen Adern und Hoffnungen zu Grunde trug. Eine lange Reihe von Trägern guter Namen wanderten über die Grenze und suchten sich irgendwo im Ausland, meist in Amerika, Wohl und Heimat.

Väter wir ein wenig im Buche der biographischen Erinnerung. Doch beispielsweise der Kindheitsfreund Karl Schulz in der damals für Deutsche wirklich noch verhältnismäßig neuen „Neuen Welt“ es zu einem angelegenen Journalisten und weiter gar zu einem hochgeschätzten Regierungsmittels in Washington gebracht hat, das ist schon des öfteren erzählt worden. Weniger bekannt ist die Rolle, die dieser und jener andere deutsche politische Flüchtling im geistigen Leben seiner neuen Wahlheimat spielte. Und doch sind es ihrer mehr, als man gemeinlich glaubt.

So war ein Gesinnungsgenosse Schurzens der Olesener Theologe August Becker, dem Freunde der deutschen Normarträge als der „rote“ Beder bekannt. Nach mehrfachen Weisungen mit der besten Lust gab dieser in seiner Vaterstadt ein freies, gesonnenes Blatt „Der jüngste Tag“ heraus. Das dessen Leben indes nicht lange währte, liegt nahe. Beder ging nach Amerika und ist später in Cincinnati am Ohio als schlagfertiger und einflussreicher Journalist gestorben. Ein ähnliches Schicksal war einem Namens- und Gesinnungsgenossen des eben Genannten, Johann Philipp Becker, beschieden. 1848 zum Oberkommandanten sämtlicher badischer Volkswachen ernannt, ging er nach der Niederlage der Volksbewegung in die Schweiz, redigierte sechs Jahre lang in Genf den „Borboden“ und machte sein gastfreies Haus zu einer Durchgangsstätte für viele deutsche Flüchtlinge. In der Schweiz fand auch der ehemalige Berliner Schriftsteller und Oberkommandant beim Dresdener Maiaufstand von 1849, Stephan Born, schützende Zuflucht. Er starb vor sehr fünfzigjährigen Jahren als Leiter der „Boster Nachrichten“ und Literaturprofessor an der dortigen Universität. Fünfundzwanzig Jahre sind es jetzt auch, seit Paul Kretschkau, einer der Gründer und ersten Führer der deutschen Maurerorganisationen, in San Francisco starb. Kretschkau war freilich kein Achtundvierziger; er ging Mitte der vierziger Jahre übers große Wasser, weil in Deutschland bereits die Wölken des Sozialismus

gehetes ihre Schatten zu werfen begannen. „Drüben“ war er erst Redakteur der „Chicagoer Arbeiterzeitung“, dann des „Klimauer „Borboden“ und zuletzt der „Kalifornien Arbeiterzeitung“ in San Francisco.

Eigenartig ist der Lebensweg eines anderen im amerikanischen Staate Ohio aus dem Leben geschiedenen Freiheitskämpfers, und zwar des heute vergessenen Badenier Aufstandsführers August Willig. Dieser, von Beruf Offizier, nahm an der achtundvierziger Bewegung lebhaftesten Anteil mit der Folge, daß er nach ihrem unglücklichen Ausgang der Heimat den Rücken kehren mußte. Er ging nach England, wo er durch das dort erlernte Zimmermannshandwerk seinen Lebensunterhalt erwarb, und später nach Amerika. Hier wurde er im Bürgerkrieg Brigadegeneral, und später bekleidete er eine hohe Zivilstellung in Cincinnati. Als Achtundvierziger sah sich auch der Pöhlische Adoff Douai zur Auswanderung nach Amerika genötigt. Als Lehrer und Journalist in verschiedenen Städten der neuen Welt erprobt, war er in seinen letzten zehn Lebensjahren Redakteur der „New Yorker Volkszeitung“. Am feierzeitigen „Rede“ „Sozialist“ und an der „Chicagoer Arbeiterzeitung“ arbeitete, gleich Gratian, auch der freiwillig nach Amerika gegangene Gerber und sozialistische Philolog von Rang Joseph Dieggen, dessen theoretische Schriften noch heute recht lesenswert sind.

Zum Schluß sei noch an zwei Märtyrertüchtlinge erinnert: an August Brah und an Otto Ruppilus. Beide muhten 1848 den Staub der Heimat von ihren Füßen schütteln und sich im Auslande die Lebensmöglichkeit suchen. Nach vierzehn Jahren kehrte der Erstgenannte zurück und gründete in Berlin die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das damalige Sprachrohr Bismarcks und heutige Stimmes-Organ. Ein Jahr vor Brah war Otto Ruppilus, der berühmte Bildhauermeister unserer Jugend, als Ammerländer heimgekehrt. Im gleichen Jahre, 1861 war es, druckte die damals in bester demokratischer Tradition stehende „Gartenlaube“ in ihren Spalten erstmalig einen Roman in laufendem Fortschreiten. Es war Otto Ruppilus' „Ein Deutscher“. Ruppilus' Werkchen hatte darin bestanden, daß er einen (freilich nicht schmeichelfähigen) Artikel über die Auflösung der preussischen Nationalversammlung geschrieben hatte. Neun Monate Festungshaft war die Antwort der preussischen Justizwächter gewesen. In Amerika war er Redakteur an der „New Yorker Staatszeitung“; 1859 gründete er in St. Louis die „Westlichen Blätter“.

„Der Mensch der Urzeit und seine Kultur“ war das Thema, über das Dr. A. Hellsborn in der mächtig belegten Kronika sprach. Der Redner führte aus, daß die Urzeitforschung erst jungen Datums sei, weil das kirchliche Dogma des Schöpfungsorganismus der wissenschaftlichen Untersuchung entgegenstand. Der Mensch sollte eben der letzte Schöpfungsakt sein. Die Forschung nach dem Urmenschen verfiel der Bächerlichkeit und man hastete ihr überbie dem Rafael der Sündhaftigkeit an. Aber die Wissenschaft kann vor dem Dogma nicht haltmachen, sobald sie es als irrig erkannt hat. Steininsunde aus der Urzeit wiesen darauf hin, daß Menschenhände sie bearbeitet hatten oder mit ihnen gearbeitet hatten. Die Steinbearbeitung wurde von der Knochenbearbeitung abgetrennt. Wir würden von dem Gebrauch all dieser gefundenen Geräte nichts

wissen, wenn die Eskimos, die Feuerländer, die Papuas und die Australier nicht heute noch ähnliche Gegenstände in Benutzung hätten. Zwischen den einzelnen Epochen herrschte tropisches Klima in Europa, und Löwen, Elefanten und Antilopen tummelten sich vielfach dort, wo jetzt Berlin liegt. Der Vorfahr des Menschen hat überall keine Spuren hinterlassen. Durch den Fund des Neanderthaler Skeletts kam die Wissenschaft einen gewaltigen Schritt vorwärts, und wir Menschen von heute rechnen in der Menschheitsgeschichte hunderttausend Jahre zurück. Die Berliner bestehen im Völkerkunde-Museum den Schädel eines jungen Neanderthalers, der an einem Zahneiden gestorben ist. Die Menschheit von damals trug das Haupt noch nicht so aufrecht wie wir. Es muß eine kleinmächtige, plumpe, kräftige Kasse mit einem furchtbaren Gebiß gewesen sein. Sie hatte etwas durchaus Tierisches an sich, konnte aber das Feuer und den religiösen Kult, sie jagte das Wild und ihre Wimmenschen. Man kennt die Menschenaffen aus der Urzeit und sieht an Funden, wie die höherentwickelte Kasse die tierischende ausschleuderte oder sich mit ihr vermischte. Ueber die Eiszeittrajen lobt noch mancher Gelehrtenfritze, eine jedoch ist sicher, diese Menschen sind mit dem Ende der Eiszeit unseren Vorfahren verschwunden. In der Forschung kratzt eine Lücke. Vielleicht sind die Urmenschen ihrem Todgewand nach dem Norden gefloht und vielleicht wird uns durch Funde in nordischen Ländern noch einmal die volle Klarheit. e. b.

Lesla verbessert die drahtlose Wellenübertragung. Der New Yorker Korrespondent der „Daily News“ hatte ein Interview mit dem berühmten Erfinder Nikola Tesla, der ihm über seine neue Erfindung drahtloser Vermittlung elektrischer Energien durch die Erde Ausführungen gab. Während die Weiterleitung durch Draht große Verluste mit sich führe und auf sehr große Entfernungen überhaupt unmöglich sei, könne durch seine Erfindung die größte irdische Entfernung in einer Weise überbrückt werden, daß die Verluste nicht einmal 1 Proz. betragen. Hierzu können etwa 4 Proz. Uebergangsverluste von und zu den Apparaten. Tesla habe festgestellt, daß die bisherige Auffassung, die Erde und die Atmosphäre seien von einer verdünnten gasförmigen Atmosphäre umhüllt, irrtümlich sei. Im Gegenteil benehme sich die Erde den elektrischen Erscheinungen gegenüber, als ob sie im Raume vollständig isoliert wäre. Hieraus folge, daß die elektrische Energie durch die Erde besser geleitet werden könne als sogar durch ein Kabel. Seine Erfindung bestände in der Lösung der Frage, wie die elektrische Energie, die durch die Erde geleitet wird, wieder aus ihr herausgeholt werden könne. Nur eine nach seinen Grundrissen gedauerte Empfangsmaschine könne die Energie aufnehmen. Es sei wahr, daß die von seinen Apparaten in die Erde gesendeten elektrischen Ströme sich auf die ganze Erde verteilen und ebenso wie das Wasser in einem großen Reservoir Druck auf jeden Punkt ausüben. Wie aber das Wasser nur durch einen Zapfen ins Freie ausströme, sei die elektrische Energie nur durch einen Empfänger aufzunehmen.

1000 Kufnahmen in der Sekunde. G. V. Wehmors, der Direktor eines wissenschaftlichen Institutes für elektrische Industrie, hat nach einer Reibung auf 1000 Kufnahmen einen Kufnahmenapparat erfinden, mit dem es möglich sein soll, in einer Sekunde 1000 Kufnahmen zu machen. Der Erfinder glaubt, mit seinem Apparat das Leben der Inseln, Erhebungen der Wärme, Explosionen und physikalische Versuche bis ins ausgehendste Stadium zu können.

Die Kandidatenliste für Berlin.

Einstimmige Entscheidung des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand ist gemäß § 16 Absatz 2 des Organisationsstatuts angerufen worden, über die Differenzen zu entscheiden, die bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten für Berlin und Lellow-Beeskow auf dem Bezirksparteitag am 2. März d. J. entstanden waren. Um eine Entscheidung durch ihn, die nur im äußersten Notfall angängig erscheint, möglichst zu vermeiden, hat der Parteivorstand die Parteiorganisation für Groß-Berlin aufgefordert, den Bezirksparteitag noch einmal zusammenzuberufen und ihn die vom Berliner erweiterten Bezirksvorstand aufgestellte Vorschlagsliste für beide Reichstagswahlbezirke als Ganzes zur Annahme zu empfehlen. Die Berliner Organisationsleitung hat dieser Aufforderung des Parteivorstandes ausproben. Der am 1. März wieder zusammengetretene Bezirksparteitag hat mit 255 gegen 218 Stimmen in einmündiger, von niemandem angezeigter Abstimmung beschlossen, die beiden vorgelegten Kandidatenlisten als Ganzes anzunehmen.

Bei der Verkündung des Wahlergebnisses stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, daß damit sowohl der Antrag, der das triftige Resultat des Bezirksparteitages vom 2. März anerkannt wissen wollte, als auch der weitere Antrag erledigt sei, der eine Einzelabstimmung über die Stellen der Listen verlangte. Nach dieser widerspruchlos erfolgten Feststellung des Vorgehenden war es — nach der einstimmigen Auffassung des Parteivorstandes — unzulässig, die Frage der Einzelabstimmung erneut zur Abstimmung zu bringen, da das zur Folge haben müßte, daß durch rechtsgültigen Beschluß erledigte Fragen immer wieder aufs Neue bis ins Endlose hinein angefochten und zu ihrer Entscheidung abermalige Beschlußfassungen gefordert werden könnten, ein Verfahren, das die Partei zum öffentlichen Gespött machen müßte.

Nachdem die beiden auf der Liste für die Stadt Berlin an 8. und 1. Stelle gewählten Kandidaten auf dem Bezirksparteitag vom 1. März auf diese Kandidaturen verzichtet hatten, hat der Parteivorstand sie ersucht, ihren Verzicht im Interesse des inneren Parteiwandels zurückzuziehen. Leider haben sie vermeintend geantwortet, der Parteivorstand stellt nunmehr einmündig fest, daß die Kandidatenlisten durch Beschluß des Berliner Parteitages vom 8. März folgende Gestalt erhalten haben:

Berlin:	Lellow-Beeskow:
1. Grubien	1. Rubell
2. Heumann	2. Eduard Bernstein
3. Bohm-Schuch	3. Ränster
4. Aufhäuser	4. Hyned
5. Richard Fischer	5. Loewenstein
6. Moser	6. Seintg
7. Bäuer	7. Krille
8. Jechlin	8. Dolz
	9. Ella Steger
	10. Reimann

Der Parteivorstand ersucht alle Parteigenossen von Groß-Berlin rügend, nunmehr alle inneren Differenzen zurückzulassen, sich einig und geschlossen hinter die vom Bezirksparteitag aufgestellten Listen zu stellen und mit gesammelter Kraft den Wahlkampf zu führen gegen alle Widersacher der Partei von links und von rechts!

Der Parteivorstand.

Parteigenossen zweiter Klasse!

Erklärung des Parteivorstandes.

Der Parteivorstand veröffentlicht folgende Erklärung: Bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen ist in letzter Zeit an manchen Orten der Beschluß gefaßt worden, daß Reichstagskandidaturen nicht wieder aufgestellt werden dürften, die in der Fronten oder im Plenum für das zweite Ermächtigungsgesetz getrimmt haben. Eine solche Disqualifizierung von Parteigenossen durch Organisationsbeschluß ist unzulässig und widerspricht dem Wortlaut und dem Geiste des Organisationsstatuts der Partei.

Solange sich Parteigenossen im Vollbesitz der im Organisationsstatut niedergelegten Parteirechte befinden, können sie nicht von Parteiamttern und Kandidaturen ausgeschlossen werden.

„Palme“ oder „Der Gefranzte“, die neue Komödie von Paul Kornfeld, erzielte in den Kammerspielen in der lustig schwingend inszenierten des Viktor Schwannke einen starken Erfolg. Man hatte das Gefühl, als ob das Stück mit der raffiniertesten Charakterzeichnung und dem scheinbar nichtigen Inhalt vom Verfasser viel literarischer und gar nicht so lustig gemeint ist, wie es infolge der grotesken Darstellung der unvergleichlichen Bühnen- und Bühnen- wurde. Die eigenartige Komödie verdient noch eine eingehendere Betrachtung.

Ein juristischer Entschleiser. Wahrscheinlich ist niemand mit der Abschaffung des Kalifats mehr zufrieden als der entthronte Kalif selbst, so leitet G. Ward Price ein Charakterbild des Exkalifen in einer Londoner Zeitung ein. Die Stellung des Kalifen mag, aus einiger Entfernung betrachtet, einen romantischen Reiz haben, aber für einen älteren feinsinnlichen Türken von ungewöhnlich modernem Geschmack, wie es Abdul Rehid ist, überwiegen die Reize der Innehmlichkeiten, und er wird zweifellos die Sicherheit einer Verbannung nach der Schänze den Gefahren vorziehen, die das Amt eines Führers aller Gläubigen umschließen. Obwohl Abdul Rehid nur der Vetter von Sultan Hamid war, so ist er doch während dessen Regierung in strengster Abgeschlossenheit gehalten worden. In dieser erzwungenen Isolation entwickelte er einen feinen Sinn für Bildung und Kunst. Er ist jetzt 55 Jahre alt. Seit er Kalif wurde, hat er seiner Erscheinung einen würdigen weichen Wadenbart beigefügt. Ich besuchte ihn, kurz nachdem er die Würde erlangt hatte, in seinem Sommerpalast auf der ostlichen Seite des Bosporus. Das Haus war ein interessanter Spiegel seines Charakters, denn es verband eine gewisse orientalische Schönheit mit einem gemäßigten Gemisch von deutschen Rückensuhren, Porträts des Wagner und Beethoven und Porträts in Ölmalerei, die der Befürworter der Gläubigen selbst geschaffen hat. Musik und Malerei waren nämlich die Hauptinteressen des Kalifen. Er erzählte mir, daß er den Ehrgeiz habe, ein Konservatorium der Künste in Konstantinopel zu errichten; aber, fügte er hinzu, diese ewigen politischen Krisen machen es schwierig. Als er von dem türkischen Parlament im Herbst 1922 zum Kalifen erklärt wurde, bestand seine einzige Pflicht darin, dem wöchentlichen Sammel beisitzend und am Freitag die Hofeier zu besuchen. Er tat dies in sehr feierlicher Weise. Bald ritt er auf einem weißen Pferd, von einer glänzenden Schar schwarzer Leibwache umgeben; bald wieder fuhr er in einer großartigen Staatskarosse zu einer Wache auf der gegenüberliegenden Seite des Bosporus. Sicherheit war der erste Kalif, der eine Armada führte; oder trotz dieser modernen Gefährlichkeit unter der Regierung von Abdul Rehid ebenso ein Gefangener, wie er es unter der Herrschaft der alten Sultane gewesen war.

Vortragsabend der Stadtbühnen Charlottenburg. Am 12. April im Schauspielhaus, 16.47. Dr. Bitter-Branden über „Das Buch der Bücher“, mit Vorlesung aus den Werken Goethes. Beginn 8 Uhr abends. Eintrittskarten zu 20 Pf. in der Hauptkassette und in den Zweigkassen.

Für die Gestaltung der Reichstagswahl spricht am 12. abends 8 Uhr, Dr. med. Stefan Beckmann über die „Probleme der Landwirtschaft“ an Hand von Bildnissen im Saal der Reichshalle, Georgenstr. 35. Eintritt 50 Pf.

werden, weil sie in einer besonderen politischen Situation als Parlamentarier eine bestimmte Haltung eingenommen haben. Das Eintreten solcher Sitten würde dazu führen, daß sich bei schwerwiegenden Entscheidungen im Parlament innerhalb der Partei zwei Gruppen bilden, von denen jede dort, wo sie die Mehrheit hat, die Disqualifizierung des anders eingestellten Abgeordneten betreiben würde. Gerade und ehrliche Naturen würden unter solchen entwürdigenden Umständen die Uebernahme eines parlamentarischen Mandats ablehnen, und jede Partei, die solche Sitten dulden würde, liefe Gefahr, im Parlament von Heuchlern, Gefinnungslumpen und Strebern vertreten zu werden.

So selbstverständlich das Recht jedes Parteigenossen ist, aus freier Entschliebung bei der Aufstellung von Kandidaturen zum Reichstag seine Stimme abzugeben, das System der Besetzung von Abgeordneten und der Ausschluß von Ehrenämtern durch Organisationsbeschluß wegen einer parlamentarischen Abstimmung ist unzulässig und entbehrt der parteirechtlichen Gültigkeit.

Fürsorgeabbau!

Verordnung über Fürsorgepflicht.

Die Not des Volkes ist ungeheuer; sie übersteigt alles Dagewesene. Das Ausland ist zur Hilfe bereit. Nur die deutsche Regierung weiß davon nichts. Sie baut in dieser Zeit die gefehliche Wohlfahrtspflege ab. Denn nichts anderes bedeutet die Verordnung über die Fürsorgepflicht.

Die Sozialdemokratie hat immer und erst kürzlich wieder hat der Ausschuss für Arbeiterwohlfahrt und auch wir in diesen Spalten Vereinfachung der Wohlfahrtsverwaltung verlangt. Wir wollten Abbau aufgeplusteter Behörden und Erhaltung der sachlichen Leistung. Und wir wollten Ueberweisung der Aufgaben an die Selbstverwaltungskörper und klare Aufgabenteilung zwischen mittlerer und unterer Instanz. Statt dessen spricht die Regierungsvorordnung von Landes- und Bezirksfürsorgeverbänden, von denen niemand weiß, wo sie gebildet werden sollen, deren Gliederung und Aufgabenteilung sie den Ländern überläßt. Hier zeigt sich die ganze Unfähigkeit unserer Abbaubürokratie. Welch lockende Aufgabe wäre es, aus dem Wirrwarr der Verwaltungsinstanzen in Deutschland einen einfachen übersichtlichen Apparat zu schaffen. Eine solche Maßnahme könnte wirklich Ersparnisse bringen. Aber Bewald lockt nun einmal der Abbau republikanischer Beamter vor allem. Und so wurfelt jedes Ministerium für sich und hier haben der Arbeitsminister Brauns und sein vielbeschäftigter Direktor Ritter wahrlich kein Musterstück geliefert. Dabei ist das rein Formale nicht das schlimmste an dieser Verordnung.

Die Verordnung weist den Fürsorgeverbänden die gesamten Aufgaben der sozialen Fürsorge für die Kriegsgesellen, die Fürsorge für die Sozial- und Kleintrentner, die Schwerebeschädigten und Schwerverwerbsbeschränkten durch Arbeitsbeschaffung, die Fürsorge für hilfsbedürftige Rinderjährige und Wöchnerinnen und zuletzt die Armenpflege zu. So weit, so gut. Aber die Länder bestimmen, wie der Aufwand der Fürsorgeverbände gedeckt wird, Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge wird auch vom Land im Rahmen der rechtlichen Vorschriften bestimmt. Als solche gelten vorläufig die bestehenden, aber die Reichsregierung stellt mit Zustimmung des Reichsrats die endgültigen auf. Eine der vornehmsten Aufgaben des Reichstages, die Vinderung der Not, wird ihm kurzerhand genommen. Das heißt Bereinigung der Ermächtigung, Abbau der Demokratie durch den Herrn Arbeitsminister! Wer will es da der Sozialdemokratie verargen, wenn sie die Zurückführung der Verordnung verlangt? Werden ihr nicht im Gegenteil die weitesten Kreise dankbar sein, wenn sie mit den Rechten des Reichstages die der Kriegs- und Nachkriegsgesellen der gebärenden und stillenden Mütter schützt?

Sie kann das um so eher, als der politische Gehalt der Verordnung sehr armlich ist. Von der Zusammenfassung der Wohlfahrtsmaßnahmen bei einer Instanz sprachen wir schon. Dazu kommt die Abschaffung des Unterstützungswohnsitzprinzips zugunsten des Prinzips des gewöhnlichen Aufenthalts, der jetzt für die Verpflichtung, Unterstützung zu gewähren, maßgebend ist. Aber auch das bleibt verflucht und die Abschiebbarkeit in bestimmten Fällen bestehen. Die Mängel des bisherigen Armenrechts bestanden nicht nur im Unterstützungswohnsitzprinzip, sondern auch darin, daß nur das Existenzminimum gegeben werden durfte. Das Jugendwohlfahrtsgesetz hatte das für die jugendlichen ausdrücklich abgeschafft. Die Verordnung über die Fürsorgepflicht sagt davon gar nichts. Es wird ja Landesache. Und Deutschland geht seinen Schneekengang.

Die Ausgabe der Silbermünzen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages gab bei Behandlung des Gelegenheitsurteils über die Ausprägung neuer Reichsilbermünzen ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums eine Ueber sich über den Rückgang im Umlauf des Notgeldes. Danach ist der Umlauf gegenüber dem Dezemberstand 1923 zurückgegangen:

	Des. 1923	jetzt
an Eisenbahn-Papier-Notgeld	114 Tril. M.	53 Tril. M.
legalem	78	14
illegalem		
im besetzten Gebiet	211	100
im unbesetzten Gebiet	110	5-6
wertbehaftetes Eisenbahnnotgeld	148 Tril. M.	153 Tril. M.
sonstigem wertbehaft. Notgeld	223	93
Insgesamt (in runden Sa)	815 Tril. M.	380 Tril. M.

Genosse Abg. Schmidt-Berlin wendet sich gegen die Beschlüsse, daß durch das Silbergeld eine neue Inflation zu beschleunigen sei, weil durch die Einführung des neuen silbernen Zahlungsmittels das Notgeld aus dem Verkehr gezogen werde.

Die Prägung von Fünfmarkstücken wurde vom Ausschuss abgelehnt. Es werden also nur Ein-, Zwei- und Dreimarkstücke geprägt werden. Weiter wurde in den § 1 der Vorlage ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen, daß die Silbermünzen nur in demselben Maße in den Verkehr gegeben werden dürfen, in welchem andere Zahlungsmittel dauernd aus dem Verkehr zurückgezogen werden.

Auch wurde ein Antrag angenommen, wonach der gesamte Betrag der neuen Reichsilbermünzen, der bis auf weiteres fünf Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reiches nicht übersteigen soll, nur mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichstages bis auf 10 Mark erhöht werden darf.

Der Verkehrs-ausschuss des Reichstages behandelt jetzt das Reichspostmonopol. Die Regierungsvorlage sieht vor, daß der Reichspost- und Telegraphenbetrieb als ein selbständiges Unternehmen unter Bezeichnung „Deutsche Reichspost“ zu betreiben ist, und zwar dem Reichspostminister unter Mitwirkung eines Verwaltungsrates. Der Reichsrat hat demgegenüber beschlossen, den Reichspostminister durch einen

„Generalpostmeister“ zu ersetzen. Gegen diesen Vorschlag hatten sich die Rechner aller Parteien ausgesprochen, und der Reichstag hatte die Vorlage der Regierung unter Ablehnung des Beschlusses des Reichsrats angenommen.

Hierauf wandte sich die Aussprache der Frage der Zusammenlegung des Verwaltungsrates zu. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, daß der Verwaltungsrat aus 31 Mitgliedern bestehen solle, und zwar aus je sieben Mitgliedern des Reichstages und des Reichsrats, aus einem Mitglied, das vom Reichsfinanzminister vorgeschlagen wird, aus sieben Mitgliedern aus dem Kreis der Reichspostverwaltung und neun Mitgliedern aus dem Kreis der Wirtschaft. Die sieben Mitglieder aus dem Personal sollen im „Genehmen“ — die Vorlage sah vor „im Einvernehmen“ — mit dem Finanzminister und dem Reichsrat vom Reichspostminister vorgeschlagen werden. In der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage ohne wesentliche Änderungen angenommen. Die Vorschläge des Reichsrats wurden sämtlich abgelehnt.

Die Reorganisation der Reichsbahn.

Am Dienstag trat im Reichsverkehrsministerium der zu gleichen Teilen aus Vertretern der Reichsbahnverwaltung und des Reichsbahnpersonals bestehende Organisationsauschuss unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Rumbier zu einer Sitzung zusammen, an der Reichsverkehrsminister Dejer teilnahm. Der Reichsverkehrsminister machte ausführliche Mitteilungen über den Stand der Reorganisation der Reichsbahn und die in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen, besonders bezüglich der Dezentralisation der Geschäfte.

In der Aussprache wurden von verschiedenen Seiten Bedenken geltend gemacht, daß politische Rücksichten zum Schaden der Sache bei der Reorganisation der Reichsbahn in den Vordergrund treten könnten. Des weiteren wurde die Notwendigkeit der Verkehrserhebung zur Hebung der Wirtschaftlichkeit der Reichsbahn gefordert. Die von einem Unterausschuss abgefaßte Denkschrift über Selbstkostenermittlung und Wirtschaftskontrolle der Betriebsdienststellen soll dem Reichsverkehrsminister zur weiteren Bewertung und versuchsweisen Einführung überreicht werden.

Arbeiterpartei und Luftverteidigung.

Regierungserklärung im Unterhaus.

London, 11. März. (W.B.) Der Unterstaatssekretär für Luftfahrtwesen Leach erklärte im Unterhaus bei der Einbringung der Vorschläge für die Erweiterung der Luftstreitkräfte in der Heimat: Zahlreiche Freunde der Regierung fragten besorgt, wie die Arbeiterpartei eine Verweigerung in den britischen Rüstungen rechtfertigen könne. Mitglieder der Arbeiterpartei könnten fragen, ob die Arbeiterpartei, von der die Führung auf dem Wege zur Ueberküstung erwartet werde, stattdessen nicht die Führung in entgegengekehrter Richtung übernommen habe. Das erste, worauf er verwiesen wurde, sei, daß die Regierung die Rüstungen keineswegs erweitert, sondern sie herabsetze. Denn das Reinergebnis sei eine beträchtliche Verminderung in den Ausgaben für Kriegswaffen während des laufenden Jahres. Die Arbeiterpartei habe niemals die Abrüstung Großbritanniens ohne Rücksicht auf die Maßnahmen anderer Länder gefordert. Dies wäre kein profittischer Vorschlag. Das Land dürfe nicht wehrlos gemacht werden. Die Fragen der Abrüstung müßten aber erörtert werden, damit alle Nationen erkennen, daß Rüstungen nichts nützen.

Die Angst vor den Wahlen.

Nach in Frankreich...

Paris, 11. März. (W.B.) Die „Revue Parisien“ berichtet, daß im Laufe des gestrigen Kabinettsrates erörtert worden, ob man die Kammerwahlen noch vor dem 11., 18. bzw. 25. Mai stattfinden lassen solle, oder ob es sich empfehlen würde, sie auf den 1. Oktober 1924 oder auf das Jahr 1925 zu verschieben. Diese letztere Kombination sei besonders von einem Mitgliede der Regierung vertreten worden, nach dessen Ansicht die Hinausschiebung der Wahlen die spekulationen darüber gegen den Frank hinjählig machen würde, während andere Mitglieder der Regierung behaupteten, man müsse den Horizont von den Wolken befreien, indem man so rasch wie möglich zu den Wahlen schreite.

Heute vormittag findet ein Ministerrat im Elisee unter Vorsitz des Präsidenten der Republik statt, der die Entscheidung über die durch die finanzielle Sanierung notwendigen Maßnahmen treffen wird, über die der Kabinettsrat gestern beraten hat.

„Phantastische Gerüchte.“

Paris, 11. März. (W.B.) Der politische Mitarbeiter der Agentur Havas schreibt zur Lage: Die phantastischen und tendenziösesten Gerüchte werden in politischen Kreisen verbreitet. So hat man Poincaré die Absicht zugeschrieben, das Kabinett umzubilden. Diese Nachricht entspricht jeder Begründung. Auch hat man behauptet, die Regierung sei entschlossen, die Dauer der Legislaturperiode der Kammer, wenn nötig, durch die Einberufung der Nationalversammlung zu verlängern. Ein derartiges Verfahren wäre vollkommen unüblich, da durch ein einfaches Gesetz, wie es das Verfahren von 1919 bei der Verlängerung der Gültigkeit der 1914 gewählten Kammer bewiesen hat, die Legislaturperiode verlängert werden kann. Auch nach dieser Richtung sind also dem Kabinett unrichtige Absichten zugeschrieben worden. Der Kabinettsrat hat sich gestern nur mit dem Zeitpunkt der Neuwahlen zur Kammer beschäftigt.

Dieses offizielle Kommuniqué stellt also nicht in Abrede, daß der Plan erzwungen wird, die Lebensdauer der jetzigen Kammer des Nationalen Bloks zu verlängern. Ob aber die Regierung bei der jetzigen Einstellung des französischen Volkes und bei dem zunehmenden Mißtrauen des Nationalen Bloks zu diesem ebenso gefährlichen wie zwecklosen Mittel greifen wird, erscheint uns fraglich.

Die kommende Republik Griechenland.

Durch Parlamentsbeschluß unter Militärprotektorat.

Athen, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Es ist wahrscheinlich, daß die für den 2. April vorbereitete Volksabstimmung über die Einführung der Republik nicht stattfinden wird. Die maßgebenden politischen Führer widerlegen sich dem Gleibst. Sie wissen unter allen Umständen die Frage Republik oder Monarchie durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Parlaments entscheiden, weil bei der gegenwärtigen Erregung der Bevölkerung schwere Erschütterungen durch die heftige Agitation befürchtet werden. Daß das Parlament sich für die Einführung der Republik entscheiden wird, scheint sicher, weil von den 330 Abgeordneten nur 7 sich offen für Monarchie bekennen. Der provisorische Regent, der Admiral Konstantin, wird also in kurzer Zeit dem Präsidenten der Republik weichen müssen. Das Militär ist für die Republik. Die führenden Kreise wollen den Wünschen der Offiziere entsprechend Krone und Flotte verstärken. Das Heer soll auf 400 000 Mann gebracht werden.

Die neue Regierung.

Athen, 11. März. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Ministerium wird sich ausschließlich aus Angehörigen der Republik zusammensetzen. Die Ministerpräsidenten, des Finanz- und Außenministeriums wird wieder Papanaftas übernehmen.

Gewerkschaftsbewegung

Abbau bei der Eisenbahn.

Auberechtigter Kündigung von Betriebsräten.

Die Betriebsleitung des Güterbahnhofes Pantow hat der Direktion eine Liste der auf Grund der Abbauplanung für die Entlassung vorgesehenen Arbeiter eingereicht. Auf der Liste stehen auch die beiden Vorsitzenden des Betriebsrats. Der Betriebsrat hat die Zustimmung zur Entlassung seiner Vorsitzenden verweigert. Die Eisenbahnerverwaltung beantragt beim Gewerbeamt, ihr die Zustimmung zur Entlassung der Betriebsratsvorsitzenden zu erteilen. Diese behaupten, sie seien nicht aus wirtschaftlichen Gründen zur Entlassung bestimmt, sondern weil sie durch ihre Tätigkeit als Betriebsratsvorsitzende ihren Vorgesetzten unangenehm geworden seien.

Die Vorgesetzten, zwei Oberabemeister und der Oberinspektor des Bahnhofes, werden gehört. Sie sind korrekter Beamte, die die Rechte des Betriebsrates kennen und ganz genau wissen, worauf es ankommt. Der Oberinspektor versichert: Kein Gedanke, daß die Arbeiter wegen ihrer Eigenschaft als Betriebsräte zur Entlassung vorgesehen sind. Es sind ruhige und besonnene Leute, die stets sachlich mit mir verhandelt haben. Aber die Direktion hat bestimmt, daß die am wenigsten produktiven Arbeiter entlassen werden sollen, und das sind die beiden Betriebsratsvorsitzenden, denn in der Arbeit haben sie sehr wenig geleistet.

Die als Zeugen vernommenen drei Vorgesetzten erzählen lang und breit, daß die Betriebsratsvorsitzenden bei der Arbeit oft nicht zu finden gewesen, und wenn sie bei der Arbeit gewesen seien, erheblich weniger als andere geleistet hätten. Man habe die Minderleistung zahlenmäßig festgestellt und dabei herausgefunden, daß die durchschnittliche Tagesleistung einer aus drei Mann bestehenden Kolonne normalerweise 6 bis 7 Tonnen betrug, während die Kolonne, der ein Betriebsratsvorsitzender angehörte, nur 4 bis 5 Tonnen Tagesleistung hatte.

Dagegen wird eingewandt, daß die beiden zur Entlassung bestimmten selbstverständlich sich manchmal von der Arbeit entfernen mußten, um ihre Pflichten als Betriebsräte zu erfüllen und andere, ihnen von den Vorgesetzten übertragene Funktionen auszuführen, die Aufgabe von Werkzeugen, Anweisungen an neu eingestellte Arbeiter und dergleichen. Weiter wird festgestellt, daß der Oberinspektor in einer Eingabe an die Direktion geschrieben hat: Die Betriebsratsvorsitzenden haben sich oft von der Arbeit entfernt, um sich um die Interessen der Arbeiter zu kümmern.

Damit ist also — wie dem Oberinspektor vorgehalten wird — zugegeben, daß sie sich in Erfüllung ihrer Pflicht als Betriebsräte von der Arbeit entfernt haben und daß ihre Minderleistung auf diese Pflichterfüllung zurückzuführen ist.

Das Gericht entschied: Die Beschäftigung mit den Arbeiterverhältnissen gehört zur Tätigkeit der Betriebsräte. Diese war bei der Kündigung von Einfluß, die Zustimmung zur Entlassung wird deshalb verweigert.

Kommunistisches Gewerkschaftskartell in Berlin.

Zur Ergänzung unserer Mitteilungen über das kommunistische Gewerkschaftskartell in der gestrigen Abendausgabe des „Vorwärts“ berichtet die B.M.C.-Korrespondenz, daß die kommunistischen Sonderorganisationen in Berlin, einschließlich Hand- und Kopfarbeiter, ihre Verbindung unter sich zu einem Gewerkschaftskartell ausgebaut. Zum 1. April soll ein allgemeines Arbeitersekretariat eingerichtet werden. Das Arbeitsprogramm dieses kommunistischen Gewerkschaftskartells sieht gegenläufige Unterstützung bei Lohnkämpfen, sowie die Festlegung gemeinsamer Richtlinien in der Arbeitszeit- und Arbeitsfrage, ferner gemeinsames Vorgehen in allen Angelegenheiten der Tarife und Löhne vor.

Die „Eroberung“ der Gewerkschaften in Deutschland dauert den Moskauer Auftraggebern offenbar zu lange. Deshalb muß einstweilen eine kommunistische „Einheitsfront“ aufgestellt werden. Sie fassen nur zusammen, die Kommunisten. Die anderen spalten.

Ausperrung in der Herrenmaßbranche.

Tarifbruch der Arbeitgeber.

Der Bekleidungsarbeiterverband hatte an die Arbeitgeber den Antrag auf eine 3prozentige Lohnerhöhung gestellt. Anstatt auf diese Forderung einzugehen, teilte der Arbeitgeberverband mit, daß der von der kommunistischen Sonderorganisation bei einigen Firmen inszenierte Streik dem Arbeitgeberverband die Ausperrung im ganzen Beruf angezeigt erscheinen lasse, falls es dem Bekleidungsarbeiterverband nicht gelinge, seine am Streik beteiligten Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen. Der Bekleidungsarbeiterverband stellte daraufhin fest, daß seine am Streik nur in verschwindender Zahl beteiligten Mitglieder dies gegen ihren Willen tun, sie vielmehr durchaus gewillt sind, so wie bisher die tariflichen Abmachungen zu respektieren, aber durch die besonderen Umstände am Arbeiten verhindert sind.

zu respektieren, aber durch die besonderen Umstände am Arbeiten verhindert sind.

Trotzdem ist bereits gestern in einigen Betrieben die Ausperrung perfekt geworden.

Eine Brandversammlung der Herrenmaßschneider nahm gestern Abend dazu Stellung. Bevollmächtigter Lehmann erklärte das Vorgehen der Arbeitgeber als Tarifbruch, da der Vertrag noch bis zum Sommer läuft. Die Organisation ist nicht gewillt, sich diese Maßnahmen gefallen zu lassen, sondern wird für den Fall daß die Arbeitgeber unbeschreibbar sind ihr gutes Recht durch geeignete Vorgehen zu behaupten wissen. Nach einhelliger Aussprache wurde eine Entschliessung im Sinne der Ausführungen Schwanns einstimmig angenommen.

Ausperrte Betriebe haben sich sofort mit der Organisation in Verbindung zu setzen.

Höhere Ortszuschläge für Berlin.

Der Berliner Magistrat hat dem Wunsche des Ortsausschusses Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes stattgegeben, und dessen Antrag an den Reichsfinanzminister um Erhöhung des örtlichen Sonderzuschlages unterstützt. Schon Mitte Dezember hatte der Magistrat an zuständiger Stelle hingewiesen, daß Berlin gegenüber anderen Städten besonders hohe Teuerungsziffern aufzuweisen habe und daß daher die für Berlin vorzusehenden Ortszuschläge verhältnismäßig gering seien. Der Magistrat hat jetzt eine vom Statistischen Amt gefertigte ausführlichere vergleichende Darstellung der Teuerungsziffern und der zugehörigen örtlichen Sonderzuschläge dem Reichsfinanzminister überreicht mit der Bitte, hieraus zu entnehmen, daß der Berliner Zuschlag auch nach den neueren Teuerungsziffern nicht im richtigen Verhältnis zu den in anderen Großstädten gewährten Zuschlägen steht, und daß demgemäß die Klagen der Berliner Beamenschaft über die Zurücksetzung gegenüber den Beamten anderer Großstädte gerechtfertigt seien. Mit Rücksicht auf die Unzulässigkeit der Beamtengehälter an sich hat der Magistrat gebeten, bei der zum 1. April in Aussicht genommenen Neuregelung besonders auch die Frage des örtlichen Sonderzuschlages zu prüfen und eine für Berlin angemessene Herabsetzung des Zuschlages vorzunehmen. Der Antrag des örtlichen Ausschusses Groß-Berlin ist vom Magistrat wärmstens befürwortet worden.

Scharfmacher in der chemischen Industrie.

Zum Urteil. Ein bemerkenswerter Schiedsspruch im „Vorwärts“ vom 23. Februar erholten wir von einem Parteigenossen, Arbeiter in einer chemischen Fabrik, folgende Zuschrift:

Am 2. des Vorherstretens heißt es: „Die regelmäßige reine Arbeitszeit beträgt 8 Stunden.“ Wir hatten bis dato eine Waspause von 4—15 Minuten, von der jetzt nach Ansicht der Arbeitgeber keine Rede mehr ist. Also sollen die ordnen, blauen usw. farbigen Arbeiter, die bisher eine Viertelstunde Waspause hatten, zu der sie noch mindestens 15 Minuten ihrer freien Zeit zugeben mußten, um den Farbendruck abzumachen, in Zukunft jeden Tag 1/2 Stunde ihrer freien Zeit verwenden, um einigermassen menschwürdigen Betrieb zu verlassen. Die drei unparteiischen Beisitzer (Dr. Klotow, Kärner und Antzig) sollen jetzt erst ein Urteil abgeben, ob die Waspause aus Verlegenheit fergelassen ist.

Weiter heißt es in dem angezogenen § 2: „Sofern die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes es erfordern kann die regelmäßige tägliche Arbeitszeit über die im Absatz 1 festgesetzte Dauer hinaus durch die Werkleitung im Benehmen mit der Betriebsvertretung auf 9 Stunden ausgedehnt werden.“

An den Arbeiterrat unserer Firma wurde das Ansuchen gestellt, der ganze Betrieb sollte auf Grund dieses Spruches ab Mittwoch, den 12. März, 9 Stunden arbeiten, außerdem würde beantragt werden, für die Maschinen und Heizer und die Farb-arbeiter einer bestimmten Abteilung die Zustimmung zur 3wöchentl. Nacht einzuführen.

Man hat bei uns Mitte Januar d. J. zirka 140 Arbeiter resp. Arbeiterinnen entlassen, denen später noch zirka 40 nachsagten. Außerdem kommen diejenigen hinzu, die von selbst die gestiftete Stätte der W.M. verlassen haben. Seit Mitte November d. J. arbeiten die Farb-Abteilungen mit dazugehörigen Moazinen sowie die Pharmazie kurz, d. h. nur 5 Tage pro Woche. Auf den Hinweis anderer Arbeiter, daß hier ja dann keine besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse vorliegen, da wir unter wirtschaftliche Verhältnisse Bestellungen usw. onsehen, wurde dem Arbeiterrat erklärt, man müsse die Produktion verbilligen.

Das ist natürlich Unsinn. Man würde durch die längere Arbeitszeit zum Beispiel in der Photoabteilung, mehr Platten herstellen, aber der Lohnanteil bliebe derselbe.

Die Beklagte hat sich in einer Betriebsversammlung mit abigem Befehl und eine Urabstimmung vorgenommen. Es haben gestimmt: 856 für 8 Stunden, 94 für 9 Stunden, 46 unglücklich zirka 150 frank (!). 21 Schriflinge und 30 Schreue-frauen, die nur drei Stunden arbeiten, scheiden aus. 100 Stimmen fehlen (Kurzarbeit usw.).

Die Direktion will die neue Arbeitszeit durchaus erzwingen und leben per Brief auffordern, daß er sich dazu verpflichtet. Wenn die

Herren einen Lohn wagen wollen und uns zur Verzweiflung treiben, wie in Ludwigshafen, haben sie die Verantwortung und müssen die Konsequenzen tragen.

Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich, wie aus der von uns veröffentlichten Zuschrift des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie hervorgeht, um eine bewußt organisierte Vergewaltigung des Schiedsspruches. „Im Benehmen mit der Betriebsvertretung“ heißt in Liebestimmung mit der Betriebsvertretung. Nebenfalls erscheint es dringend, daß diese Vergewaltigung des Schiedsspruches klargestellt wird.

Schiedsspruch für die sächsisch-thüringischen Webereien.

In dem Lohnstreit zwischen dem Verbands sächsisch-thüringischer Webereien und der Textilarbeiterkass, wurde durch den Spruch der Schiedsstelle beim Reichsarbeitsministerium der Spitzenstundenlohn auf 88 Pf. festgesetzt und die wöchentliche Arbeitszeit auf 53 Stunden. Die Erklärungsdfrist endet mit dem 22. März.

Verhandlungen in der Jittauer Textilindustrie führten zu keiner Einigung.

Aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Der Kampf gegen die Arbeitszeiterhöhung im Röhner Braunkohlentrevier, der am 21. Februar eingeleitet hat, konnte nicht weitergeführt werden. Wie wir durch eigenen Frachbericht aus Röhren erfahren, wurde gestern (Dienstag) in einer Funktionärskonferenz des Bergarbeiterverbandes, der Maschinen, Heizer und Metallarbeiter beschlossen, den zur Abwehr gegen die Einführung der 3wöchentl. Nacht im Braunkohlentrevier begonnenen Kampf abzubrechen. Heute (Mittwoch) sollen die Belegschaften sich wieder zur Arbeit melden.

Der Hamburger Hafnarbeiterstreik erstreckt sich auf etwa 20 000 Arbeiter.

An den staatlichen Rals wird gearbeitet, doch werden nur solche Arbeiten verrichtet, die unter die Regie der Kaiserverwaltung fallen. Auch der Altonaer Hafen ist von dem Streik betroffen, der sich im aufkommenden Schiffsverkehr bereits bemerkbar zu machen beginnt. Der große dänische Dampfer Bredensborg warf bei Brunsbüttel Anker. Er soll umgeleitet werden.

Zur Beilegung des Streiks sind bereits neue Verhandlungen eingeleitet. In Bremen und Lübeck wird orll gearbeitet.

Auch in Bremen wurde gestern Abend in einer Versammlung der Hafnarbeiter der Bremer Häfen mit 1800 gegen 118 Stimmen der Streik beschlossen.

Die Arbeitszeit in Polen.

Warschau, 11. März. (Eigener Drahtbericht) Polen ist beformlich der Wabingtoner Konvention betreffend den Achtstundentag beigetreten. Der Arbeitsminister hat nunmehr erklärt, daß ausnahmsweise in gewissen staatlichen Betrieben auch zehn Stunden gearbeitet werde, falls die Arbeiter damit einverstanden sind. Verboden bleibt es, den Arbeitsbeginn früher anzusetzen, als das Gesetz es vorschreibt. Die Ueberstunden können nur des Abends geleistet werden.

Eine schwere Niederlage erlitten die Kommunisten bei der Wahl zur Oberverwaltung des Textilarbeiterverbandes in Krimmitschau. Vor einigen Wochen hatten die Kommunisten in der Generalversammlung der dortigen Filiale des Textilarbeiterverbandes durch Vereinzelnung von Nichtmitgliedern in der Versammlung einen „Sieg“ erröchten. Die Wahl mußte natürlich dem Vorstand für unglücklich erklärt werden. Bei der Neuwahl am 8. März erhielt die Linke der Amsterdamer Richtung 1865 Stimmen, die Liste der Kommunisten 465.

Neuer Schiedsspruch in der Solinger Metallindustrie. Nach langwierigen Verhandlungen ist es unter dem Vorlich des Reichs- und Staatskommissars Gehlich als Schlichter zum neuen Abschluß des Rahmentarifs für den Bereich der Nordwestgruppe der Metallindustrie gekommen. Die Arbeitszeit repetit sich auf dem vertragmäßigen Wege für Ueberstunden werden 25 oder 35 Proz. Zuschlag gezahlt, für Sonntagserbeit 50 Proz. und an den ersten hohen Feiertagen 100 Proz. Die Dauer des Vertrages ist unbegrenzt und unterliegt einer zweimonatigen Kündigungsfrist zum 1. eines jeden Monats. Bis zum 16. März haben sich die Arbeitgeber und Arbeitnehmer über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu entscheiden.

Verantwortlich für Volltext: Graf Kemner; Wirtschaft: Weber; Catering: Gewerkschaftsbewegung: F. Schwan; Feuilleton: R. A. Schiller; Politik und Sonstiges: Fritz Korbelt; Kautzsch: H. Glöckler; Jämlich in Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68. Einbrennstraße 2. Dienstag 2 Beilagen.

BORG ZIGARETTEN FÜR QUALITÄTSRAUCHER

Extra billige Angebote

Verkauf soweit Vorrat Mengenabgabe vorbehalten

Kleider- röcke 8 ⁷⁵	Unter- rock 4 ⁵⁰	Zephir- Hemdbluse 5 ⁰⁰	Knaben- Pyjak 11 ⁵⁰	Halb- schuhe 7 ⁹⁰
aus Kammgarn-Cheviot, moderne Filselementen	aus Satin, mit Faltenvolant, in verschiedenen Farben	gestreift, offen und geschlossenen zu tragen	aus mar-ke Cheviot, Kieler Form, für ca. 2 Jahre	Jede weilt. Gr. 1,00 M. mehr für Damen in versch. edlenen Leder-orten u. Formen, gute Qualität
Imprägnierte Regen- mäntel 19 ⁷⁵	Unter- rock 6 ⁷⁵	Mädchen- Mäntel 9 ⁵⁰	Leder- Haus- schuhe 3 ⁹⁰	Herrn- Stiefel- Halbschuhe 12 ⁵⁰
ca. 185 cm lang, fest gearbeitet	aus Mohr, in neuen Farben	aus Donaglastoffen, offen und geschlossenen zu tragen, ca. 45 cm lang	für Damen, mit und ohne Absatzsohl, gute Qualität	in versch. edlenen Leder-orten u. Formen, gute Qualität

Gabardine- Kleid 29 ⁵⁰	Hemd- bluse 5 ⁰⁰	Mädchen- Mäntel 14 ⁰⁰	Kinder- Stiefel 6 ⁵⁰	Einzelpaare: Herren- u. Damen- Stiefel u. Halbschuhe In schönen Formen sehr preiswert
mit Belton-Parablen oder Kisekerol, aparte 2-3e Formen	aus Barobel, in vielen Mustern	aus Donaglastoffen, offen und geschlossenen zu tragen, ca. 75 cm lang	ca. 110 cm h. 1,00 M. mehr	

Hermann Tietz Leipziger Str. Alexanderplatz Frankfurter Allee

Der lernende Berliner.

Ein Besuch in der Bibliothek des Kunstgewerbemuseums.

„Großberlin lieben wir“ — so schrieb der langjährige Direktor der Bibliothek des Berliner Kunstgewerbemuseums, Dr. Peter Jessen, vor zehn Jahren — um seiner Arbeit willen. Die Landschaft das Stadtbild, die Menschen, ihre Vergnügungen und ihre Kunst möchten wir uns größer, reiner, edler wünschen. Wer den Berliner würdigen will, muß ihn dort aufsuchen, wo er schafft und wirkt, oder dort, wo er an sich selbst arbeitet, wo er lernt. Diese lernenden Berliner beobachte ich seit dreißig Jahren. Durch den Besuch des Kunstgewerbemuseums geht fast ein jeder hindurch, der in Handwerk oder Industrie, in Dekoration oder Architektur mitwirkt am künstlerischen Berlin; Junge und Alte, Arme und Reiche, Befehlshaber und Anspruchsvolle, der Lehrling aus der Werkstatt und der Künstler, dessen Namen die Welt nennt. . . . Nach allen Richtungen hin hat sich der Kreis der Besucher und ihrer Berufe erweitert. Mit den Gesellen, Vorarbeitern und Werkmeistern kommen Kontoristen, Zeichner und Modelleure, Architekten, Bildhauer und Mäker; jeder einzelne darauf angewiesen, sich unausgelehrt auf dem Laufenden zu halten. Dazu die gewaltig gewachsene Zahl der Studierenden, von der Technischen Hochschule, der Kunstakademie und der Universität bis zu den Fach- und Fortbildungsschulen aller Art. . . . Wir haben jede Beschränkung des Besuches abgeschafft und sind für unser Vertrauen bestens belohnt worden. Noch aber ist dort viel Platz für weitere Leser. Ich höre immer wieder, daß auch künstlerisch interessierte Berliner nicht wissen, daß dort jedermann willkommen ist und reichliches Material findet, an einer Stätte der Befahrung und Anschauung über alles Große in der gesamten Kunst alter und neuer Zeit, der Heimat und der Fremde. Hier ist ein würdiges, dankbares Ziel. Dieses Ziel hält die Bibliothek, wie in einer sorgfältigen Unterordnung eines unserer Mitarbeiter mit Geheimrat Jessen hat zum Ausdruck kam, auch jetzt noch, erst recht nach den unvermeidlichen Rückschlägen der Kriegsjahre, fest im Auge.

Die Bestände.

Den Kern der Bibliothek bildet die Bücherammlung, die sich in erster Linie auf das Kunstgewerbe erstreckt, darüber hinaus aber alle für die Pflege der Kunstbildung wichtigen Gebiete der freien Künste, Baukunst, Plastik und Malerei berücksichtigt. Die Bibliothek hat dabei vor allem die deutschen Erzeugnisse — selbst in diesen schweren Zeiten — so vollständig wie möglich vereinigt, ist aber von jeder eifrig bemüht gemessen, auch die Verbindungen mit der ausländischen Literatur aufrechtzuerhalten. Die im Lesesaal bequem ausliegenden Kataloge bemühen sich, so übersichtlich wie möglich und, wo irgend angängig, in verständlichem Deutsch für alle Anspruchslose gesonderte Abschnitte einzurichten und dadurch gerade den literarisch weniger Geschulten an die Dinge heranzuführen. Neben den Büchern sind die photographischen Einzelblätter und sonstigen Abbildungen die meist benutzten, für den Praktiker zunächst wichtigen Abteilungen der Bibliothek. Es sind gegen 100 000 Blätter, in 4000 Mappen sachlich geordnet, alte und neue Kunst, Kunsthandwerk, Architektur, Plastik und Malerei, nach Zeiten, Meistern oder Gegenständen getrennt. Wo früher Zeichnungen genügt, verlangt man heute die besten Photographien und möglichst schon Farbendrucke auf photographischer Grundlage. Kunstsinigkeits Zeitschriften, die von ihren Lesern gute Photographien mitbringen, wie sie oft nur an Ort und Stelle zu haben sind, werden in der Kunstgewerbibliothek einen dankbaren Abnehmer finden. Der erstbeste Bibliothekbesuch sind die graphischen Sammlungen, die Originalwerke und Kunstblätter verschiedenster Art. Die alten Meister, nicht nur die Handwerker, sondern mehr noch die Mäker, Bildhauer und Architekten haben Skizzen oder Holzschritte für die Werkstätten entworfen. Sie sind dem Historiker des Kunstgewerbes unentbehrlich und als Einzelblätter, Folgen und ganze Bücher unter dem Namen Ornamentische gesammelt worden. Berlin besitzt die größte und vollständigste Sammlung dieser Art. Als Grundlage wurde schon im Jahre 1880 die Privatsammlung eines Pariser

Architekten vom preussischen Staate angekauft. Noch persönlicher treten uns die alten Meister in den 6000 Blättern der Handzeichnungsammlung aus drei Jahrhunderten entgegen. Da ist für alle Gewerbe und Kunstströmungen wirksamer Stoff geboten, Schweizer Glasmalereien, italienische Barockarchitekturen, französische Holzkostüme, seltene Feinheiten deutscher Goldschmiedekunst. Eine keine, ausgewählte Sammlung japanischer Farbholzschnitte schließt sich würdig an. Neben alter und neuer Kunst sind natürlich auch die deutschen dekorativen Erfindungen jüngerer Zeit, die englischen Reformatoren, die Pariser Plakatkünstler mit ihrem Besten stark vertreten. In einer Spezialsammlung ist das Hervorragendste aus Buchdruck und Buchkunst aller Länder vereinigt, Bücher und Einzelblätter, Schrift, Druck und Illustration, einschließlich der alten Einzelblätter seit Gutenberg's Zeiten. Eine besonders starke Anziehungskraft hat auch die großartige Kostümbibliothek des verstorbenen Freiherrn von Lippert. Mit ihren 12 000 Bänden, 30 000 Stichchen, Lithographien und sonstigen Abbildungen und mit 400 Originalgemälden ist sie eine einzigartige Quelle für Tracht und Sitte aller Zeiten und Länder.

Vor und nach dem Kriege.

Das Kunstgewerbemuseum wurde im Jahre 1867 als Privatsammlung gegründet. Vierzehn Jahre später kamen in seinen Lesesaal jährlich rund 10 000 Besucher, die bei der Verstaatlichung des Museums im Jahre 1886 auf 15 000 gestiegen waren. Im Jahre 1905 siedelten die Sammlungen in die prächtigen Neubauten in der Prinz-Albrecht-Straße gegenüber dem Bandtagsgebäude mit 60 000 Lesern über. Kurz vor dem Kriege hatte sich ein glänzendes Zeugnis für die Lernbegier der Berliner Sachverständigen die jährliche Besucherzahl auf über 90 000 erhöht. Dann ging es naturgemäß fünf Jahre lang weit bergab, aber nach Krieg und Revolution überstehend schnell wieder bergauf, so daß heute die letzte Friedensziffer fast erreicht ist. Das Jahr 1923 schloß mit 89 400 Besuchern ab. Der Ernst der Zeit zwang zu neuen Wegen, das für weiteste Bevölkerungskreise so ungemein bedeutsame Institut weiter auszubauen und auf dem Laufenden zu erhalten. Der Staat hat, was die Leitung dankbar anerkennt, auch in diesen Tagen schwerer Not getan, was er tun konnte. Genuß war es nicht. So lag der Ausweg, sich an die private Hilfe kunstsiniger Kreise zu wenden, am nächsten. Der Bedarf fand erfreulichen Widerhall nach dem Beispiel der schäpferischen Tat des Stifters der Kostümbibliothek und anderer Gönner, die ihre kleinen und großen Sammelstücke, oft auch nur einzelne wertvolle Stücke, den gemeinnützigen Interessen freudig gespendet. Heute ist um die Bibliothek ein „Freundeskreis“ von schon 650 Mitarbeitern gewachsen, ein schöner Beweis weitsehender Sammelarbeit und großzügigen Gemeingefühls in Zeiten, die den Erwerb kostbarer Sammelstücke aus staatlichen Mitteln unmöglich machen. Auf solche Art kam wertvoller Zuwachs, der sonst der Berliner Kunstgewerbibliothek wohl noch lange fremd geblieben wäre, sogar aus dem Ausland, so aus Rußland, Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien, England. Auch Künstler, Drucker und Verleger haben in freiwilligen Gaben gewetteitert. Anspornend muß sein, was einer von ihnen schreibt: „Dem einschlägigen deutschen Verlage sollte es eine freudige Pflicht sein, die maßgebende deutsche Kunstbibliothek auf ihrem hohen Stande zu erhalten.“

Der Lesesaal in der Prinz-Albrecht-Straße 7a ist unentgeltlich geöffnet an allen Wochentagen von 9 bis 9 Uhr, die Kostümbibliothek wochentäglich von 9 bis 1 Uhr. Ein Merkblatt orientiert leicht, wie jeder Besucher das Gewünschte erlangen kann. Ebenso leicht findet man sich nach kurzer Übung in den zahlreichen Sachkatalogen zurecht. Die graphischen Sammlungen, Ornamentische, Handzeichnungen, japanische Farbholzschnitte, Buchkunstzeugnisse, künstlerische Photographien, alte Druckwerke sind für Besucher von vorgezogenen künstlerischer oder wissenschaftlicher Ausbildung nach Anmeldung bei dem aussichtsführenden Beamten in einem besonderen Studienraum zugänglich.

Der Plakatsäulenmarder.

Eine Uhr zeigt Mitternacht an. Während die Hauptstraßen der Friedrichstadt durch elektrische Bogenlampen noch hell erleuchtet sind, mühen sich in den Straßen anderer Stadtteile die Gaslaternen, Licht vorzutauschen. Hier ist Stille und Friede. Hin und wieder sieht man einen Fußgänger. In der Ferne tauchen zwei kleine Lichter auf. Sie werden größer, kommen näher. Gedrückt fährt die letzte Straßenbahn vorüber, um an der nächsten Straßenbiegung wieder zu verschwinden. Die Einsamkeit der Großstadtmacht ist nun bis zum frühen Morgen eingetreten.

Nun ist eine Streife von zwei Schupomännern vorüber, da huscht plötzlich aus einem Hausflur eine Gestalt hervor. Auf dem Rücken trägt die geheimnisvolle Person einen Sack, der wegen seiner Breite und Länge hin und her schaukelt, so daß man denken könnte, Gespenster wandeln in Berliner Straßen bei Nacht umher. Die Gestalt streift der nächsten Plakatsäule zu. Im trüben Schein der Straßenlampe erblickt man nun ein Männlein, das schon nach allen Seiten Ausschau hält. Als es sicher ist, daß keine Menschenfüße in der Nähe, macht es sich an der Anschlagssäule zu schaffen. Es reißt und zupft, es knirscht und knarst. In einem Augenblick sind sämtliche Plakate von der Säule heruntergerissen und die dicken Papierknäuel verschwinden in dem umfangreichen Sack. Er preßt das Papier da hinein. Ein Plakat nach dem anderen muß sterben und zerfällt in dem nimmerstäten Nachen verschwinden. Einige Minuten später steht die Anschlagssäule da. Der Mann hat seine Arbeit getan. So schnell wie er gekommen war, entfernt er sich wieder; und weiter geht's nach kurzem Tum. Nur einige Schritte geht er an den Häusern die Straße entlang, denn bald hatte er die nächste Anschlagssäule erreicht und hier „arbeitete“ er weiter. Es währt nur kurze Augenblicke und auch sie steht entleert, nackt und bloß da. In einer Stunde hat der „Plakatsäulenmarder“ aus mehr als einem halben Dutzend Anschlagssäulen über 200 Plakate gemacht.

Der Morgen graut. Die entkleideten Anschlagssäulen stehen anklagend da. Der erste Fußgänger wundert sich darüber, schüttelt den Kopf und läßt das nackte Ding aus den Augen. Inzwischen taucht der „Geheimnisvolle“ mit seinem bis zum Knie mit zerfetzten Plakaten vollgepackten Sack in einem Lumpenteller unter. Mit schmerzlichen Papierstücken in der Tasche verfährt er die Straße und geht seinen Weg zu den Gelegenheitsgeschäften im Logeslicht.

Gefährdung des Arbeitereigentums.

Kommunistischer Mißbrauch der Konsumgenossenschaften.

Am kommenden Sonntag, den 16. März, finden in Groß-Berlin die Vertreterwahlen zur Generalversammlung der Konsumgenossenschaft statt. Von der aus Moskau ihre Direktiven bekommenen kommunistischen Partei werden die verzweifeltsten Anstrengungen gemacht, um das, was im vorigen Jahre mit einem Rührerfolg endete, in diesem Jahre zu erreichen: eine kommunistische Mehrheit in der Generalversammlung. Die kommunistischen Wahlvorschlüsse folgen diesem unter dem auf den Stimpeleintrag berechneten Kennwort: „Opposition“. Welche tüchtigen „Genossenschaftler“ auf den Kandidatenlisten der „Opposition“ in Vorschlag gebracht werden, erhellt daraus, daß verschiedene Personen kandidieren, die heute noch nicht einmal die Hälfte des gegenwärtig geltenden Geschäftsanteils (25 Rentenpfennige) eingebracht haben. In Ermangelung von Kandidaten greift man zu den schäblichsten Mitteln; man stellt Leute auf, deren Einverständnis nicht eingeholt wird; so wird aus einem Bezirk mitgeteilt, daß die „Oppositions“-Liste den Namen eines längst verstorbenen Mitgliedes enthält! — Welche Zweck verfolgt die kommunistische Propaganda in den Konsumvereinen? Was ist politischem und gewerkschaftlichem Gebiet an Erziehungsarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung geleistet wurde, soll auch auf die genossenschaftliche Organisation übertragen werden. Die von Laubenden für den praktischen Sozialismus begeisterten Arbeitern in jahrzehntelanger Aufbauarbeit in den Konsumvereinen erzielten Erfolge sollen zum Werkzeug der Annäherung, von bolschewistischer Seite begünstigt, durch die Herabwürdigung, ihr gestoppt werden. Die interessanteste Veröffentlichung unseres Leipziger Brudergans, der „Leipziger Volkszeitung“, offenbart den geradezu verbrecherischen Charakter der kommu-

(Nachdruck durch Welt-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

„Schmittig“, murmelte Jürgen. Um ihn herum ging etwas vor, das das Leben zu sein schien. Das Ganze ist unerträglich ekelhaft. Wir machen das nicht länger mit“, flüsterte er. „Ich mache das nicht bis zum Schluß mit.“

Der Ausspruch des reichen Lebertranken wurde an der Börse auf Hintergründe und Falken untersucht. „Wer an der einen eine Grube gräbt“, vernahm Jürgen. „Natürlich, erst wägen, dann wagen, das ist klar.“

„No, was sag ich!“ rief der Schwiegervater. „Eine Hand wäscht die andere. So steht's eben auch mit diesem Papier.“

Schweinezucht, das wollte er Jürgen gestehen, sei das einzige, aber auch das einzige, mit dem noch verdient werden könne, versicherte ein Landwirt, der wegen seines jugendlichen Aussehens Mühe hatte, respektabel zu erscheinen. Es ginge ja auch alles so weit ganz gut. Nicht umsonst habe er die Landwirtschaftshochschule durchgemacht. Er bringe System in die Sache. „Aber, sehen Sie, es fehlt einem doch etwas. Ich weiß selbst nicht recht, was. Man ist unbefriedigt. Die Seele, wissen Sie, die Seele, möchte ich sagen, kommt zu kurz.“

Der Gemütskranker versuchte vergebens, den Lebertranken über die Fühlfahrer auszuholen. Auch an der Börse wurde noch geübelt und geforscht und behauptet, doppelt genäht halte besser.

„No, was sag ich!“

„Das Volk will keine Freiheit; das Volk will Brot. Fressen und Saufen will das Volk, glauben Sie mir“, sagte Herr Hommes, hinein in Jürgen's wüßliches Gesicht.

Der gab keine Antwort. Dieser Festwank, dessen Leben in Fressen, Saufen und Hurren besteht, könnte, auch wenn er seine Meinung revidieren müßte, so doch keinerlei Konsequenzen ziehen.

Herr Hommes hielt sich an der Tischplatte fest, warf, geöffneten Mundes, den Kopf in den Nacken, ließ ihn nach vorn, niegte aber nicht, sondern sagte: „Sie, ah, Sie werden sehr bald meiner Ansicht sein.“

Jürgen umklammerte das Handgelenk Elisabeths, den Wutausbruch zu unterdrücken, während ihr ganzer Körper vor unterdrücktem Nachen zuckte. Und dann, hilfsbereit: „Wenn du willst, verschwinden wir jetzt unauffällig.“

Da erhob sich Herr Wagner. Er begann seine Rede mit

einer Verbeugung zu dem Pläze hin, wo die Tante, die plötzlich wieder krank geworden und schon lange nach Hause gefahren war, anfangs geknien hatte

Er sei sich der hohen Ehre wohl bewußt, die darin liege, daß seine Tochter dem letzten Sproß der alteingesessenen Patrizierfamilie Kolbenreiter angetraut worden sei, sozusagen eingeheiratet habe in die Familie Kolbenreiter, die schon einmal im fünfzehnten Jahrhundert der Stadt einen Bürgermeister geschickt habe. Seine Familie hingegen sei noch jung, aber zukunftsreich. Wie ein junges, gutes Papier!

„Jung und alt verbindet sich miteinander.“ Dabei käme das Richtige heraus, was unser Vaterland nötig habe. „Solidarität, in Verbindung mit jungfräulichem Wagemut. . . Die Fusion ist vollzogen.“ Der Erfolg werde nicht ausbleiben.

„Und die Ehe?“ . . . Es ist mit der Ehe wie mit der Spekulation an der Börse. Licht und Schatten! Sonne und Wolken! Die Aktien steigen und fallen. Das ist nun einmal so. Es kommt eben darauf an“, rief mit starker Stimme Herr Wagner, der schon etwas zu viel getrunken habe. „In treuer Liebe auszuwarten, auch wenn einmal eine Baiffe den Ehemann bewölkt. . . Es kommt auch wieder eine Hauffe.“ Ja, es sei sogar besonders wichtig, gerade aus der Baiffe Gewinn und Lehren zu ziehen.

Er hatte sich so in den Vergleich verflücht, daß auch das Schluffhoch auf die Neuwahl zum Hälfte der Börsenspekulation galt. Alle standen.

Jürgen's Gesicht war leinenweiß. Lieber ein gebrochenes Rückgrat als ein gebogenes, dachte er, entschlossen, nicht zu antworten auf die Rede seines Schwiegervaters. Und da er sich als erster setzte, Elisabeth mit hartem Griff neben sich zog, setzten sich auch die anderen. Die Diener reichten schwarzen Kaffee, Bisker und lange Zigarren.

Plötzlich gab Jürgen, ohne zu wissen wem, vielen Menschen die Hand. „Leben Sie wohl.“ Sein Körper bewegte sich automatisch von einem zum anderen, endlich auch auf Elisabeth zu. Er reichte ihr die Hand: „Leben Sie wohl.“

Alle brachen in Gelächter aus. Auch Elisabeth war verblüfft über ihren Mann, der in der Eile und Verwirrung es fertigbrachte, seiner Frau vor der Hochzeitsreise Lebewohl zu sagen.

Nach einem Augenblick blickten die beiden unter dem Türrahmen stehen. Da näherte sich Jürgen's Ohr ein rundes Gesicht mit rundgestutztem Bart, goldgebrillten, zinkenden Augen und gespitztem Munde, der flüsterte: „Biel Vergnügen!“ Mit den Armen balancierend, schlich der Rundkopf auf den Fußspitzen zum Hufeisen zurück.

Sie reisten zuerst nach dem Süden, wo es im Winter Frühling ist.

Einige Tage später wurde Katharina von einem Knaben entbunden

Nach zehn in Paris und Rom verbrachten Wochen kamen die Neuwahlten in die südliche Hafenstadt, die mit ihren Orangenbuden, Baaren und Säulenkolonnaden, durchschwimmten Matrosen, Chinesen, Negern, vornehmen Fremden, müden Auswanderern und dem Gefährte in zwanzig verschiedenen Sprachen, mit dem Salz- und Lebergeruch, Sirenengebrüll und dem Mastgewirr der Dzeantiesen gelb in der Sonne lag, wie ein dem unendlichen Meere entstiegener, wahrgewordener Traum eines Knaben, der Eltern, Lehrern, allen Qualen der Jugend, allen Fesseln und Berufen entfliehen möchte, hinaus in die unbändige Herrlichkeit.

Sie fuhren in der Droschke, überdacht von einem rot- und weißgestreiften Riesensonnenschirm, hoelwärts, vorüber an einer langen, immer neu geknarrten Reihe Arbeiter und Arbeiterinnen, die aus der Tabakfabrik kamen. Blusen und Umschlagtücher waren farbig, die Gesichter schlaff und sahl.

Jürgen sah weg. Und konnte dennoch nicht verhindern, daß er, als sie schon im Zimmer waren, plötzlich dachte: Da besitzt irgendein Herr Hommes eine Fabrik.

„In sechshundertfünfzig Stunden könnten wir in Afrika sein.“ Jürgen bekam keine Antwort. Elisabeth war auf der Ottomane eingeschlafen.

„Durch dieses Wesen gehen Welt und Dasein in immer gleich unendlich breitem Ströme durch, von ihr genossen in jeglicher Sekunde, ohne Vor- und Rücksicht, ohne Rücksicht und Bedenken.“

Elisabeth atmete tief und ruhig und war schön und jung und gesund. Die Sonne, gebrochen durch die herabgelassenealousie, zuckelte ein leuchtendes, gestreiftes Fell auf das Morgenkleid der Schlafenden. Es war warm. Fernher brüllte die Sirene. Die Mimosen dufteten.

„Wie sie atmet! . . . Gut, fahren wir nach Afrika! Nach New York! Nach Indien! Telegramme um Geld! Einstweilen überhaupt nicht zurückkehren! Komme, was kommt! Elisabeth würde zu allem Ja sagen, ohne Besinnen. Ein herrliches, wunderbares, einfach organisiertes Tier, das lebt, einfach lebt. Bedenkenlos glatt und kühl wie ein Fisch. Durch und durch erwacht.“ . . . summe Jürgen. „Nur in der Nacht wird sie heiß. Da kennt sie keine Grenzen. . . Sie ist ein vorgehobener Posten der Lebenskraft.“

(Fortsetzung folgt.)

nistischer Wählerarbeit in den Konsumvereinen. Nicht Förderung der Gemeinnützigkeit, für die Allgemeinheit leistungsfähige Tätigkeit der Konsumgenossenschaften, nicht Aufbau und Ausbau der inneren Einrichtungen (Eigenproduktion) unter verständnisvoller Mitwirkung aller Mitglieder, sondern einzig und allein Dienstbarmachung der Genossenschaften für die kapitalistische von krankhaftem Fanatismus diktierte Zerstörungsbauarbeit der kommunistischen Partei ist ihr Ziel.

Jeder ernstliche Genossenschaftler möge daraus die Lehre ziehen, daß es gilt, dieser Gefahr einen unüberwindlichen Wall entgegenzusetzen. Die Wahlen am 16. März sind ein Schicksals-Tag für die Berliner Konsumgenossenschaft. Die Entscheidung fällt zwischen kommunistischer Zerstörungsbauarbeit und genossenschaftlicher Aufbaumöglichkeit. Kein Genossenschaftler veräume die Abstimmung!

Jede Stimme der Liste „Genossenschaftsaufbau“!

Das Resultat des Strafvollzuges.

Der 58jährige Arbeiter Richard Springer hat, wie mitgeteilt, seine 25jährige Tochter Elfriede mit dem Beil erschlagen. Erst vor vier Monaten durfte er das Zuchthaus verlassen, nachdem er eine Strafe von 1 1/2 Jahren für ein mit derselben Tochter verübtes Verbrechen der Blutschande verbüßt hatte. Die Einzelheiten der Tat, die tiefsten Beweggründe dieses wahnsinnigen Menschen sind vorläufig unbekannt. In einer Beziehung sind sie auch ohne Bedeutung: der Fall fordert erneut dazu auf, den Widerstand unserer Strafgesetzgebung zu prüfen. Es ist nicht erinnerlich, ob der Mann bei seiner Verurteilung vor zwei Jahren vom psychiatrischen Sachverständigen auf keinen Geisteszustand untersucht worden ist. Sollte das der Fall gewesen sein, so wird er wohl als zurechnungsunfähig im Sinne des Gesetzes befunden worden sein. Unter allen Umständen steht jedoch fest, daß das Gericht geirrt hat, durch eine anderthalbjährige Strafe im Zuchthaus, wo er sich nur in seiner Phantasie ausleben konnte, seine Begierden in Bezug auf die Tochter zur Ruhe zu bringen. Der Mann konnte nach Verbüßung der Strafe als „gebessert“ nach Hause zurückkehren und seine Tochter erschlagen. So entsteht die Frage: Ist für diesen Tod nicht der Richterpruch, der nur der Ausfluß der Paragraphengefetzgebung ist, für das Verbrechen des Mannes und für den Tod des Mädchens verantwortlich zu machen? Der Fall des Tochtermörders ist eine Warnung für ähnliche. Ein Dippold, der aus sadistischen Gelüsten zwei Knaben zu Tode quälte, darf nach acht Jahren wieder auf die Menschheit losgelassen werden; die eben abgeurteilte Wiener Lehrerin Kadover, die unzählige Kinder mißhandelt hat, wird nach sechs Jahren in ihren „Beruf“ zurückkehren dürfen. Erst vor kurzem ging ein Bericht durch die Presse, nach dem einem ehemalsigen geisteskranken Fürsorgepfleger, der nie auf seinen Geisteszustand untersucht worden war, ein Mädchen zum Opfer gefallen war. Ist das die Sicherheit der Gesellschaft? Da muß immer wieder die Forderung aufgestellt werden: Böses mit Bösem zu vergelten ist nicht die Aufgabe der Gerichte. Heute schafft man durch Strafen zahllose neue Verbrecher, richtet Menschen zugrunde und liefert die Gesellschaft trotz alledem dem Rechtsverleher aus. Das nennt man dann Sicherheit der Gesellschaft und höhere Berechtigung!

Der zweite Mittwoch.

In jedem Monat hat die Partei in Groß-Berlin ihre Heerschau, die unter dem Namen „Zahlabend“ seit Jahrzehnten bekannt ist, und dieser Tag ist meistens der zweite Mittwoch nach dem Monatsanfang, also heute. Die Abteilungen versammeln sich, um die Berichte ihrer Referenten entgegenzunehmen und die Auffassung und die Wünsche der Mitglieder zum Ausdruck zu bringen. Wir stehen kurz vor den Wahlen, und es ist wichtiger denn je, daß sich jedes Mitglied, Mann und Frau, an dieser Parteiliebe beteilige. Möge niemand, dem es ernst um die Partei, um die Republik, um den Sozialismus und um unser Volk ist, jetzt schlummern, die Versammlungen zu besuchen.

Verkehrsaufschwung der Straßenbahn.

Der Verkehr auf der Berliner Straßenbahn nimmt in der letzten Zeit von Tag zu Tag zu. Heute werden bereits mehr Verkehrsmittel gefahren als vor Stilllegung der Straßenbahn im vergangenen Herbst. Die Bahn befördert heute bereits täglich 1 Million Fahrgäste. Die Verwaltung hofft, im Lauf der nächsten Monate den Verkehr so steigern zu können, daß auf 60 Linien täglich 1 1/2 Millionen Fahrgäste befördert werden. Damit würde der Friedensstand des Verkehrs noch im Laufe dieses Sommers erreicht werden. Da die Verkehrspolitik der Eisenbahn sich geändert hat, ist es aber nicht ausgeschlossen, daß der Verkehr auch darüber hinaus noch gesteigert wird, der bekanntlich in den Zeiten der größten Verkehrsflüsse auf der Straßenbahn in den Kriegsjahren bis auf 2 Millionen Fahrgäste täglich gestiegen war.

Mit der Hälfte abgepreist.

Zum Schutze der nichtständigen Angestellten der Stadt, die bei der Gehaltszahlung zurückgesetzt werden, hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht: „Die im Dienstblatt unter den Nummern 192 und 193 veröffentlichten Magistratsverfügungen sehen eine ungleiche Behandlung der nichtständigen Angestellten und der Beamten bei der Auszahlung der Bezüge vor, und zwar haben die Beamten am 29. Februar zwei Drittel, die Angestellten nur die Hälfte der Bezüge erhalten. Wir beantragen, daß den nichtständigen Angestellten spätestens am 15. März der fällige Rest ausbezahlt wird.“

Die Tuberkulosegefahr.

Wegen der außerordentlichen Verbreitung der Tuberkuloseerkrankungen hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion folgenden Antrag eingereicht: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, den Magistrat zu erlauben, sofort bei dem Deutschen Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose dahingehend vorstellig zu werden, daß der Stadt Berlin über den sonst üblichen Verteilungsbefehl hinaus besondere Mittel zur Bekämpfung der sich in Berlin besonders stark ausbreitenden Tuberkulose zugewendet werden.“

Neue Stadtliste. Der Magistrat beabsichtigt, bei der Stadtverordnetenversammlung die Ernennung der am 1. April auscheidenden Stadträte Ludwig Hoffmann und Rabenow zu Stadtlisten zu beantragen.

Die Lindberger Mühle abgecaunt. Infolge Unvorsichtigkeit eines Lehrlings kam in der großen Wind- und Rotormühle von Otto Bach in Lindenberg bei Weiskene ein Feuer aus, das die Mühle vollständig zerstörte. Der Schaden beträgt etwa 20000 Goldmark und ist um so schwerer, als die Mühle nicht versichert war. An der Brandstätte arbeiteten die Feuerwehren von Malchow, Lindenberg, Platenburg und Weiskene.

Eine Explosionskatastrophe bei Höchst. Aus Wiesbaden wird gemeldet, daß bei der Munitionsverlagerung in Kestrich bei Höchst a. Rh. sich vorgestern eine Explosion ereignete, deren Heftigkeit bis Wiesbaden zu spüren war. Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden.

Sport.

Der Stand des 12. Sechstagerrennens. Immer noch 8 Spitzenpaare.

Im ersten Spurt der 5-Uhr-Nachmittagswertung reißt zwei Runden vor Schluss Stabe aus und hält tapfer seinen ersten Platz gegen Bielemolen, Stellbrint und van Ref. Der zweite Spurt zeigt Sawall als Sieger. Sturm und Rizzato folgen, während Platz gegen Bielemolen, Stellbrint und van Ref. Der zweite Spurt belagt Stabe den zweiten Platz, wird aber wegen Behinderung auf den vierten Platz disqualifiziert. Van Ref ist erster vor Lorenz und Krupat. 4. Spurt: 1. Sawall vor Ritt, Roestops und Rizzato. 5. Spurt: 1. Tonani, 2. Bauer, 3. Krupat und 4. van Ref. Gleich nach Beendigung des fünften Spurts zieht Taylor auf und davon. Bald wird er von Hahn abgelöst, und weiter geht die Jagd. Weltmeister Roestops ist scharf hinterher. Als dann Hahn wieder von Taylor abgelöst wird, zeigt es sich, daß der Amerikaner nicht mehr weiter kann. Der Vorstoß hat keine Erledigung durch „Rustopp“ gefunden. Daß der gut fahrende van Ref nur den vierten Platz im fünften Spurt bekommt, ist seine Schuld. Die Disqualifizierung erfolgte wegen Innendurchgehens. 6. Spurt: 1. Roestops, 2. Sawall, 3. Sturm und 4. Krupat. Von 4 bis 5 Uhr nachmittags wurden 27,000 Kilometer gefahren. Im 5 Uhr zeigt die Gesamtkilometerzahl (3645,910), daß der Pariser Rekord von 1913 (Fogler-Boullet 3608,900 Kilometer) überholt ist. Bittig-Kroll sind die Rekordfahrer. Der Stand des Rennens nach der 5-Uhr-Wertung ist folgender: 1. Van Ref-Roestops 179 P., 2. Sawall-Bauer 128 P., 3. Krupat-Hulshé 124 P., 4. Lorenz-Lehmer 96 P., 5. Sawall-Stabe 84 P., 6. Rizzato-Stellbrint 49 P., 7. Ober-Tonani 24 P., 8. Bittig-Kroll 8 Punkte. Eine Runde zurück: Rudel-Kendel 95 P., Sturm-Bielemolen 61 P., Taylor-Hahn 39 P. und Koch-Schrage 15 Punkte. Zwei Runden zurück: Rudel-Kendelbacher 0 Punkte. Vier Runden zurück: Pankle-Paffenheim 2 Punkte.

Gegen 6 Uhr abends verlassen die Paare Pankle-Paffenheim (4 Runden zurück, 2 Punkte) und Rudel-Kendelbacher (2 Runden zurück, 0 Punkte) wegen ihrer Aussichtslosigkeit auf Veranlassung der Veranstalter, aber mit ihrem Einverständnis, die Bahn, so daß sich jetzt nur noch 12 Paare im Rennen befinden.

Die 10-Uhr-Nachwertung.

Beim Abgehen des Stundenlaufes sind 3810,020 Kilometer zurückgelegt. Der Rekord von Brüssel 1914 (Olivier-Crupeland 2767,400 Kilometer) ist zu den Alten gelegt. Den ersten Spurt gewinnt Tonani vor Bauer, Lehmer und van Ref. Den zweiten Spurt geht Roestops glänzend vor Sawall, Bielemolen und Bittig durchs Ziel. Der dritte Spurt bringt das Ergebnis: Erster Sturm gegen van Ref, Ritt und Rizzato. Viertes Spurt: 1. Roestops, 2. Bielemolen und Stabe. Hier zeigt Roestops besonders, daß er gewinnen kann, wenn er will. Leicht schied er seine Gegner und mögen sie noch so kämpfen, aus dem Felde. Fünftes Spurt: Rizzato, Bauer, Sturm und Lehmer. Wohl versucht Ritt, den Rizzato zu verdrängen, jedoch erweist sich der Italiener als der Stärkere. Ritt bleibt unplatziert. Sechster Spurt: 1. Roestops; Lorenz, Stellbrint und Sawall folgen. Im übrigen hätte die Mannschaft Koch-Schrage eine Strafrunde erhalten, weil sich beide Paare eine Zeitlang nicht im Rennen befanden. Der Stand des Rennens nach der 10-Uhr-Nachwertung ist folgender: 1. van Ref-Roestops 197 Punkte, 2. Sawall-Bauer 138 Punkte, 3. Krupat-Hulshé 124 Punkte, 4. Lorenz-Lehmer 102 Punkte, 5. Stabe-Sawall 83 Punkte, 6. Rizzato-Stellbrint 57 Punkte, 7. Ober-Tonani 29 Punkte, 8. Bittig-Kroll 12 Punkte. Eine Runde zurück: Ritt-Benawanow 97 Punkte, Sturm-Bielemolen 72 Punkte, Taylor-Hahn 39 Punkte. Zwei Runden zurück: Koch-Schrage 15 Punkte.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	16,00 - 17,25	Röstgetreide, lose ..	16,00 - 17,00
Gerstengrütze, lose ..	16,00 - 17,00	Kakao fettarm ..	190,00 - 175,00
Haferslocken, lose ..	15,25 - 16,00	Kakao, leicht entölt ..	171,00 - 155,00
Hafersgrütze, lose ..	15,75 - 16,25	Tea, Souchon, gepackt ..	350,00 - 420,00
Roizengemehl 0/1 ..	12,75 - 14,0	Tea, indischer, gepackt ..	425,00 - 435,00
Weizenriesel ..	18,00 - 18,50	Inlandszucker basis mel ..	40,00 - 42,00
Hartgrütze ..	22,00 - 23,50	Inlandszucker Raffinade ..	43,50 - 44,50
70% Weizenmehl ..	14,25 - 16,00	Zucker Würfel ..	40,00 - 48,00
Weizen-Auszugmehl ..	17,00 - 18,00	Kunsthonig ..	40,00 - 45,00
Speiseerbsen, Victoria ..	19,25 - 23,00	Zuckersirup hell in Ein ..	49,00 -
Speiseerbsen, kleine ..	14,00 - 17,00	Speisesirup dunk. in Ein ..	33,00 - 35,00
Bohnen, weiße, Perl ..	20,25 - 24,00	Marmelade Einr. Eröh ..	108,00 - 130,00
Langbohnen, hannoversk ..	3,00 - 31,0	Marmelade Vierfrucht ..	49,00 - 53,00
Linsen, kleine ..	26,00 - 35,00	Pflaumenmus in Eisern ..	66,00 - 80,00
Linsen, mittel ..	26,50 - 42,00	Steinsalz, lose ..	3,40 - 4,00
Linsen, große ..	43,50 - 49,50	Siedesalz, lose ..	4,70 - 5,00
Kartoffelmehl ..	16,00 - 18,00	Bratenschmalz in Tierces ..	65,00 -
Makkaroni ..	40,00 - 45,00	Bratenschmalz in Köbeln ..	70,00 -
Makkaronimehl ..	37,00 - 38,50	Purelard in Tieren ..	67,00 -
Schnittmehl, lose ..	21,00 - 23,00	Purelard in Kisten ..	68,00 - 69,00
Bruchreis ..	15,25 - 17,50	Speisestärke in Packung ..	48,00 - 52,00
Rangoon Reis ..	17,00 - 19,50	Speisestärke in Köbeln ..	47,00 - 49,00
Tafelreis, gasiert, Patna ..	27,00 - 31,00	Margarine, Handelsm ..	56,00 -
Tafelreis, gasiert, Patna ..	31,00 - 36,00	desgl. II ..	48,00 - 52,00
Königsreis, amerik. ..	185,00 - 118,00	Margarine, Spezialm. I ..	76,00 -
Getz Pflaumen 90/100 ..	43,00 - 48,00	desgl. II ..	60,00 - 65,00
Pflaumen, entsteint ..	52,00 - 55,50	Molkereibutter I, Fassern ..	20,00 -
Rosinen in Kisten, Candia ..	78,00 - 80,00	Molkereibutter in Pack. ..	216,00 -
Saltaninen Carabarnu ..	85,00 - 90,00	Landbutter in Fassern ..	180,00 -
Korinthen, choice ..	75,00 - 80,00	Landbutter in Packungen ..	185,00 -
Mandeln, süße Bari ..	145,00 - 160,00	Auslandbutter ..	208,00 - 216,00
Mandeln, bittere Bari ..	130,00 - 150,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K ..	35,00 - 36,00
Zimt (Cassia) ..	110,00 - 120,00	Speck, gesalzen, fett ..	62,00 - 66,00
Kümmel, holländischer ..	155,00 - 165,00	Quarkkäse ..	48,00 - 50,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	98,00 - 106,00	Quarkkäse ..	35,00 - 40,00
Weißer Pfeffer ..	130,00 - 148,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	115,00 - 123,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00 - 215,00	Tilsiter Käse, halbfett ..	50,00 - 55,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	240,00 - 300,00	Ausl. ungezuck. Condens ..	23,00 - 25,00
Röstkaffee Brasil ..	225,00 - 290,00	milch 48/16 ..	18,00 - 19,50
Röstkaffee Zentralam. ..	315,00 - 400,00	indische desgl. 48/12 ..	28,50 - 29,50
Malzkaffee, gepackt ..	23,00 - 25,00	Inf. gez. Condens 48/14 ..	28,50 - 29,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Arbeitersport.

Die Jungrotten der Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Sportvereins des Reichsbundes haben am Sonntag, den 16. März 1924, ihre Aufgabe. Kurz nach 9 Uhr nachmittags im Stadion des Reichsbundes, hier: Leibnizstraße - Ostgarten bis Kormis, ein Treffen in der Sportart 4 Uhr. Jungrotten als Gäste willkommen.

Groß-Berliner Darteinrichtungen.

- 7. Kreis Charlottenburg. Heute abend, pünktlich 6 1/2 Uhr, wichtige Sitzung der Bezirksvereins-Versammlung mit dem Bürgerdeputierten im Sitzungssaal 1. - Donnerstag, den 13. März, 7 1/2 Uhr, Schillerstr. 26, Erwin'sches links, Barock- und Tischnachbau der freien Schulvereine. Vortrag des Genossen Dr. med. Gross über: „Körperkultur und Sport des Arbeiterklasse.“ 2. Schulvereinsarbeiten. - Männerchor Harmonie-Charlottenburg. Am Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 Uhr, Konzert in der Hochschule für Musik, Potsdamerstr. 1. Karten sind bei sämtlichen Musikvereinen und am der Kasse zu haben.
- 8. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, den 13. März, 7 Uhr, Sitzung der Funktionärinnen für Arbeiterwohlfahrt und Kinderhaus bei Burg, Prenzlauer Allee 189.
- 17. Kreis Lichtenberg. Donnerstag, den 13. März, 7 1/2 Uhr, Bibliothek, Reichstr. 28, Sitzung der Obmannen des Ortsvereins. Jeder Kreis muß vertreten sein.
- 21. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Sonntag, den 16. März, nachm. 3 1/2 Uhr, findet wie im Vorjahre die Erteilung der Orlas des Rapp-Bundes statt. Gemeindefürsorgeamt Spandauer Weg nach dem Freizeithaus an der Schiffstraße. Die Genossinnen und Genossen treffen sich um 2 Uhr am neuen Rathaus.

Heute, Mittwoch, den 12. März

- 1. Abt. National 7 1/2 Uhr Mittelbererversammlung in der Schulstraßen-Angelschule 66. Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Weisbach über: „Der Kampf um die Reichstagswahl.“
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr Mittelbererversammlung bei Schmidt, Friedrichstr. 26. Bericht vom Bezirksrat. Referenten: Genossen Franke und Böning.
- 3. Abt. Pünktlich 6 1/2 Uhr im Jugendheim Linienstr. 3. Sitzung der Beamten und Parteimitglieder der Arbeiterschaft.
- 6. Abt. Bismarckstr. 7 1/2 Uhr bei Walter, Ullrichstr. 108/109. Bericht über den Bezirksrat.
- 8. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr Bezirksvereinsversammlung im bekannten Lokal. Referent: Genosse Thron über: „Der Berliner Parteitag.“
- 9. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr Bezirksversammlung: 16. 17. und 24. Bezirk: Gemeindefürsorgeamt, Köpenickerstr. 15 und 26. Bezirk: John, Friedrichstr. 49. 16. und 23. Bezirk: Gemeindefürsorgeamt, Köpenickerstr. 22. 23. und 24. Bezirk: Köpenicker, Köpenickerstr. 2. 24. und 43. Bezirk: Gierk, Tonnauerstr. 103. 35. Bezirk: Schillerstr. Reichstr. 5. - 11. Abt. Siebena Sommerstr. 7 1/2 Uhr nachmittags im Lokal Köpenicker. Referent des Genossen Dr. Franke.
- 10. Abt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr bei Scholz, Friedrichstr. 21. Vortrag des Genossen Bernhard Krüger.
- 11. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr Mittelbererversammlung bei Berner, Köpenickerstr. Vortrag des Genossen Franke.
- 12. Abt. Weiskene. 7 1/2 Uhr Bezirksvereinsversammlung: 1. Bezirk bei Ringel, Köpenickerstr. 22. 2. und 4. Bezirk bei Scholz, Köpenickerstr. 3. Bezirk bei Köpenicker, Köpenickerstr. 102. 5. Bezirk im „Grünen Baum“.
- 13. Abt. Friedrichshagen. 7 1/2 Uhr Bezirksvereinsversammlung bei Schöneberg, Linienstr. 10. 1. Bezirksrat. 2. Bericht vom Bezirksrat.
- 14. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr bei Schulz, Schulhofstr. 10. Mittelbererversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksrat und Vorbereitung zur Reichstagswahl.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 12. März:

83. Abt. Weiskene. 7 1/2 Uhr in der Ullrichstr. 108/109. Thema: Die Frau in der Politik. Referent: Genossin Hedwig Wiedenheim. Gäste und Genossen haben Zutritt.

Morgen, Donnerstag, den 13. März:

84. Abt. Köpenick. Versammlung der Köpenicker-Genossinnen im Jugendheim bei der 14. Verkaufsstelle um 7 1/2 Uhr bei Schulz, Köpenickerstr. 17.

101. Abt. Köpenick. Der Kurzus des Genossen Bernward wird Donnerstag festgesetzt und beginnt 7 Uhr im Rindfleisch. Willensbruchstr. 10.

Frauenveranstaltungen am Donnerstag, den 13. März:

14. Kreis Köpenick. 7 Uhr Vormittagsbesitzung, Redakteur: 2. Funktionärinnen-Versammlung.

100. Abt. Friedrichshagen. 8 Uhr im Lokal Otto, Reich. Str. 108/109. Vortrag der Genossin Judoca. R. d. F.

Sterdetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 23. Abt. Unter Genosse Wilmersdorf ist verstorben. Beerdigung am Freitag, den 14. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reichstagsgebäudes in Richtung Friedhof.
- 24. Abt. Genosse Wilmersdorf verstorben. Beerdigung am Freitag, den 14. März, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reichstagsgebäudes in Richtung Friedhof.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bezirksrat für Sozialreform. Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, in der Schulstraßen-Angelschule, 126, nach Kohnan Friedrichstr. 108, 109, Vortrag: „Das Schicksal der Arbeiterklasse.“ Freie Ausrede. Eintritt 0,50 RM. Mitglieder der Gesellschaft 0,20 RM.

Verein der Freunde für Arbeiterbildung, Mariahilf. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 13. März, abends 7 Uhr, in der Straße Friedrichstr. 108. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Volks-Fortschrittsgesellschaft Groß-Berlin veranstaltet am Donnerstag, den 13. März, im Sozialen Friedrichshagen, im Friedrichshagen 16-22, abends 7 1/2 Uhr, einen öffentlichen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung im Kampf um die Macht.“ Vortrag: „Die Arbeiterbewegung im Kampf um die Macht.“ Vortrag: „Die Arbeiterbewegung im Kampf um die Macht.“

Geschäftliche Mitteilungen.

Das Reich und Reichsbund in Berlin Sportplatz, das am Sonntag sein Ende fand, brachte eine für Berlin noch vollständig neue Konkurrenz, den Preis der Welt, eine Einigungsprüfung für die Arbeiterbewegung, die von Berliner Firmen zu befehlen war. Neben zahlreichen anderen Geschäften waren besonders die mit Fahren verbundenen Sommerwagen und die mit großen Räder verbundenen Motorwagen der Arbeiterbewegung zu befehlen auf. In die Preise teilen sich zwei Berliner Großbetriebe und die Arbeiterbewegung.

Mißfarbene Zähne

entstehen d. häufigste Unfall. Ist Mundgeruch nicht abstoßend. Erbe übererb. I. vollkommen ungeschäd. Weise beseitigt d. b. bew. Zahnpaste Chlorodont.

JACOBY BOY

Problemem

Cigaretten garantieren

erste Qualität

Wirtschaft

Vom Arbeitsmarkt.

Das Landesarbeitsamt Berlin schreibt in seinem Wochenbericht über die Arbeitsmarktlage: Die in letzter Zeit beobachtete allmähliche Senkung der Arbeitslosenzahlen für die meisten Industrie- und Gewerbegebiete hat sich auch in der Berichtswochenperiode fortgesetzt. Mit der sich langsam erholenden Wirtschaft tritt auch auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung ein. In den meisten Berufsgruppen haben vielfach weitere Einstellungen stattgefunden, wobei es sich in der Hauptsache um gelernte oder angeleitete Kräfte handelt. Durch das Nachlassen des Frostes beginnen sich auch die Aussichten für Bau- und Außenarbeiten sowie für Gärtnereien zu bessern. Trotz des noch immer anhaltenden Abbaues bei Behörden und der teilweise sehr schweren Wirtschaftslage, die den Arbeitsmarkt zum Teil erheblich beeinflussen, ist immerhin die günstige Entwicklung vorherrschend. Es waren 192 999 Personen bei den Arbeitsnachweiserinnen angetreten, gegen 223 951 der Vorwoche. Darunter befanden sich 145 485 (166578) männliche und 47 514 (57 375) weibliche Personen. Davon entfielen auf Angestellte und Facharbeiter 146 942 (170 228) Personen. Unterstützung bezogen 111 925 (123 933) männliche und 26 259 (30 157) weibliche, insgesamt 138 184 (154 090) Personen. Die Zahl der zu omeinnützigen Pflichtarbeiten Ueberwiesenen betrug 4356 gegen 4203 der Vorwoche.

In der Landwirtschaft herrschte eine lebhaftere Vermittlungstätigkeit für lediges Personal. Auch Gärtnereien meldeten wieder Bedarf an Arbeitskräften.

Die Industrie der Steine und Erden weist in einigen Zweigen der Glasindustrie sowie für Marmorsteiner Anzeichen einer kleinen Besserung auf.

Durch die in der Metallindustrie bestehenden Differenzen ist die Vermittlungstätigkeit gegen die Vorwoche etwas zurückgegangen. Die davon nicht betroffenen Industriezweige zeigten starke Nachfrage an angelernten Spezialarbeitern, als Stahlröhren, Klempner auf Tischherde, Figurenziseltoren, sowie Spulenwicklerinnen und Montierinnen für die Radiobauindustrie.

Der Geschäftsgang im Spinnstoffgewerbe sowie in der Zellulose- und Papierherstellung und -verarbeitung hat sich weiterhin günstig entwickelt. Die Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe bietet im allgemeinen gute Beschäftigungsmöglichkeiten.

Folgt der bevorstehenden Messen von Holz- und Schnitstoffgewerbe, insbesondere die Möbelindustrie, erhöhte Aufträge zur Beschaffung von Arbeitskräften.

Die Besserung der Arbeitsverhältnisse im Nahrungs- und Genussmittel- sowie im Bekleidungsgebiete schreitet weiter fort. Der Mangel an Spezialkräften blieb bestehen. Die Arbeitsmarktlage im Baugewerbe ist im allgemeinen ruhig.

Auch im Berufsbildungsgewerbe konnten erhöhte Vermittlungsergebnisse erzielt werden. Die Arbeitslosigkeit der Buchdrucker ist zurückgegangen.

Die Lage im Gastwirtsgebiete ist zufriedenstellend. Für Lohnarbeit wechselnder Art blieb die Unterbringung älterer Kräfte weiterhin schwierig. Jugendlichen männlichen und weiblichen Personen bot die Industrie gute Einstellungsmöglichkeiten.

Am Handelsgebiete ist die Zahl der Stellensuchenden im allgemeinen gestiegen, da die Entlassungen noch weiteren Fortgang nehmen.

Für Ingenieure, Techniker und Werkmeister liegen fast ausschließlich Aufträge zur Beschaffung von Spezialkräften vor.

Das Brandenburgische Landesarbeitsamt verzeichnet in der Woche vom 3. bis 8. März 1924 eine geringe Besserung auf dem Arbeitsmarkt, da in allen Bezirken eine Verminderung der Arbeitsuchenden festgestellt worden ist. Eine Ausnahme machen nur die Berufe des Bergbaues und der Bureauangestellten. Die einseitige Besserung des Arbeitsmarktes wurde zum Teil durch die verschiedenen Kämpfe zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite über die Verlängerung der Arbeitszeit sehr ungünstig beeinflusst.

Die Vermittlungstätigkeit in der Landwirtschaft war etwas ruher.

In der Ziegelindustrie sind Arbeiter-Einstellungen vorgenommen worden, um die Vorarbeiten zur Kampagne zu erledigen.

In den Rüdersdorfer Zementfabriken wurden größere Einstellungen von Arbeitern vorgenommen. Die ungünstige Lage in der Glasindustrie hält an.

In der metallverarbeitenden Industrie ist die Geschäftslage nicht einheitlich. Von einigen Bezirken wird von einer günstigen Entwicklung berichtet, dagegen wird in anderen Bezirken der Arbeitsmarkt ungünstig beurteilt.

Im Baugewerbe werden vereinzelt Arbeitskräfte angefordert. Das Holz- und Schnitstoffgewerbe ist weiter ausnahmefähig. Die Hut- und Textilindustrie ist gut beschäftigt; es macht sich bereits ein Mangel an gelernten Facharbeitern und Arbeiterinnen bemerkbar. Im Bekleidungsgebiete hält die günstige Entwicklung an. Im Berufsbildungsgewerbe ist die Zahl der arbeitssuchenden Schriftsetzer und Buchdrucker weiter zurückgegangen.

In der chemischen Industrie ist die Arbeitsmarktlage nicht besonders günstig. Das Tabakgewerbe ist weiter gut beschäftigt.

Berschiedentlich wird gefordert, daß für die im April zur Entlassung kommenden Schüler keine geeigneten Lehrstellen nachzuweisen sind.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte war in der Industrie und Landwirtschaft weiter ausnahmefähig. Die Nachfrage nach tüchtigen Hausangestellten bestand unvermindert fort.

Der Reichsbankausweis vom 20. Februar ergibt eine unerminderte Anspannung des Reichsbankkreditites, die zu einer Erhöhung des Marknotenumschlages um 51,2 Trillionen Papiermark auf 557,9 Trillionen Papiermark führte. Die Bestände an Rentenmarkwechseln sind gleichzeitig um 69,1 auf 687,9 Trillionen angewachsen, während die Lombardforderungen in Rentenmark sich wesentlich geringer, nämlich um 2,4 Rentenmark steigerten. In der starken Anspannung der Kredite liegt für die Währung eine große Gefahr insofern, als dadurch die Zurückhaltung von Baren und der spekulative Erwerb von Devisen erleichtert wird. Wenn jetzt der Verband sächsischer Industrieller obendrein fordert, daß die Reichsbank die Laufzeit ihrer Warenwechsel verlängern soll, so würde die inflationistische Wirkung der Warenwechsel, die ohnehin vorhanden ist, noch gesteigert werden. Eine Vermehrung der nicht auf Gold gestellten Kredite ist daher unbedingt abzulehnen, zumal die bevorstehende Schaffung einer Goldbank ohnehin zu einer Mengehaltung des Kreditwesens drängen, das nicht auf der Schaffung neuen Geldes sich aufbaut.

Abstufung des Konzerns Ostwerke-Schultheiß-Pohrenhofer-Achsbau. In den Aufsichtsratsitzungen des Konzerns Ostwerke-Schultheiß-Pohrenhofer-Achsbau wurde nach Vorlage der Bilanz für das Geschäftsjahr 1922/23 beschlossen, den auf den 20. März einberufenen ordentlichen Generalversammlungen vorzuschlagen, von einer Gewinn-Ausschüttung Abstand zu nehmen, obgleich die Ergebnisse als sehr befriedigend bezeichnet wurden und die Vorstände berichten konnten, daß der Geschäftsgang in fast allen Zweigen des Konzerns den Anschein nicht ungünstig gestaltet.

Steigende Metallpreise.

Die Verteuerung der Metalle, herbeigeführt durch die Spekulation auf einen besseren Geschäftsgang der metallverarbeitenden Industrie und durch vermehrte Nachfrage, hält an. So berichtet die Metall- und Rohstoff-Gesellschaft m. b. H.:

In der Berichtswochen hat der deutsche Metallmarkt nur geringfügige Veränderungen erfahren. Die Stimmung blieb nach wie vor freundlich, die Kaufkraft des Konsums hält an, das Angebot jedoch ist im allgemeinen nicht sehr bedeutend, was wohl auch auf den Umstand zurückzuführen ist, daß infolge der geringen Devisenzuteilung die Einfuhr ausländischer Metalle beschränkt bleibt. Einen günstigen Eindruck machen auch die Berichte über den starken Besuch der diesmaligen Leipziger Messe, da man im Zusammenhang hiermit Aufträge für die Metallkonsumenten und eine weitere Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage erwartet. Die einzelnen Metallsorten haben im Anschluß an die Londoner Metallnotierungen zum Teil nicht unwesentlich angezogen. Kupfer befestigte sich gegen Ende der Woche und besonders Blei konnte international stark im Preise steigen und hat den Zinkmarkt weit überschritten; auch Zinn lag recht fest. Die übrigen Metalle blieben hier wie auf den Auslandsmärkten fast unverändert.

Die Preise stellten sich in der abgelaufenen Woche in Billionen Papiermark für 100 Kilogramm etwa:

Elektrolytkupfer wiro bars	184	188
Raffinadelkupfer 99 Proz.	122	124
Reinmetall 99,99 Proz.	280	240
Hüttenaluminium 98,99 Proz.	210	220
Zinn, Banca oder Austral	550	570
Hüttenzinn	68	70
Kemeltelbunt	67	61
Hüttenweißblei	78	76
Wartblei (je nach Qualität)	63	68
Antimon-Regulus	92	95

Frankfurt-Spekulation und internationaler Geldmarkt. Der Sturz des französischen Frank in Frankreich hat dieselben Begleiterscheinungen ausgelöst wie seinerzeit der Mark- und der Kronensturz in Deutschland und Oesterreich. Die Warenpreise steigen zwar, aber vorerst noch langsam, als es dem Fall des Frank entspricht. Man kann also in Frankreich billig einkaufen, weshalb auch ein Ausverkauf größten Stils eingeleitet hat. Die französische Regierung mußte die Ausfuhr einer Anzahl Waren verbieten. Noch billiger aber sind Effekten zu haben, deren Kurs sich keineswegs im Verhältnis zum Wertsatzung erhöhte. Es braucht Zeit, bis der Franksturz sich auf diesen Gebieten auswirkt und diese Zeit mühen die reißenden und durch die Schute der deutschen und österreichischen Geldentwertung gegangenen Spekulanten aus, um die französische Wirtschaft auszulündern. Besonders die Wiener Großbanken betätigen sich auf diesem Feld und ziehen zu ihren Effektenkäufen einen Teil ihrer in Oesterreich und in der Tschechoslowakei festgelegten Gelder heraus. Dadurch verstärken sie aber die ohnedies vorhandene Geldknappheit zum Schaden der betreffenden Volkswirtschaft. Infolge des Geldmangels können sie die Zinsfüße beliebig in die Höhe schrauben.

hervorragend bewährt bei:

Jogal Sicht, Grippe, Rheuma, Hexenschuß, Ischias, Nervenschmerzen.

Jogal stillt die Schmerzen und scheidet die Harnsäure aus. Ausgegeben bei Schloßhölzerei. — In allen Apotheken erhältlich. Best. 64,1% Acid. acetic. sat. 0,466%, Chinin, 12,6%, Lithium ad 100 Amylum.

Deutscher Metallarbeiter - Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Am 10. März 1924 verstarb unser Mitglied

Alwin Körsten

im 68. Lebensjahre. — Der Verstorbene war seit 1907 Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Vereins. Seit 1901 gehörte er dem Verband aller in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Arbeiter an.

Ein Menschenalter hat er an allen Stellen und auf allen Posten, auf die ihn die Arbeiterschaft delegierte, in höchster Pfllichterfüllung für die Interessen des gesamten Proletariats gewirkt.

Die Nachwelt, vornehmlich die Metallarbeiter, werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, sich rege an der Beerdigung, welche am Freitag, den 14. März 1924, nachmittags 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofes Friedrichsfelde aus stattfindet, zu beteiligen.

104/1 Die Ortsverwaltung.

Kinderland 1924

Ein Buch für unsere Jungen und Mädchen

Mit reichem Bilderreichtum versehenes Kalender-eiten. Erzählungen — auch belehrenden Inhalts, schöne Gedichte machen das Buch zu einem immer wieder gern in die Hand genommenen Geschenk.

Preis 1.— Mark

Zu haben bei allen Buchhandlungen und in der Vorwärts-Druckerei, Lindenstr. 3

TRAURINGE

in jed. Größe u. Qualität stets vorrät. nur bill. Preisberechn.

M. Dinso, Juwelier
Lichtenberg, Frankf. Allee 202
Nähe Jahn- u. Lichtenb.-Friedrichst.
Teleph. Lichtenberg 3327

GELBE SORTE REEMTSMA



Die Gelbe Sorte ist eine Gebrauchsigarrette für besonders hohe Qualitätsansprüche. Bei ihrer Zusammenstellung wurden — neben harmonisch sich ausgleichenden oberen Sortierungen weicher mazedonischer und türkischer Provenienzen — die gehaltvollen Tabake des Xanthi-Distriktes bevorzugt.

Am 8. März entfiel nach langem, schwerem Leben meine innigstgeliebte Frau, meine herrliche Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante, Frau

Margarete Ludwigs

geb. Bethke
im 44. Lebensjahre 47/20
Im Namen der Hinterbliebenen
Emil Ludwigs
Schöneberg, Behnh. 53.
Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.

Hiermit allen die traurige Nachricht, daß unsere innigst geliebte Tochter

Else Strauch

nach langem Erden am Sonntag, den 10. März, früh 10 Uhr, im 22. Lebensjahre verstorben ist.

Familie Gustav Strauch.
Die Beisetzungsfeier am Donnerstag, den 13. März, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.

Tuch- u. Wollwaren
H. Lamprecht
Berl. u. Treptow, Buchstr. 17
Feinste Stoffe für Damen und Herren zu Fabrikpreisen. Große Auswahl in den modernsten Farben u. Mustern.

Marken - Zigaretten
Tabak - Zigarren Garbay, Halpaus, Constantin, Karmir, Aramitok, Muratti, e. d. ab. u. Karmir, Tabakwaren, Arno Geßner, Großhandl., Wertstr. 21, Teleph. Mosbit 2114
Einheitspreis-Tafel-Vertrag

So gut wie Penner-Pudding-Pulver

ist



Bäckpulver Penner
besitzt höchste Triebkraft, gibt ein wohlgeschmecktes lockeres Gebäck.

Das ist das Penner-Pulver.
Nur bei den Penner-Vertriebsstellen.

Nähemittelfabrik Julius Penner A. B.
Berlin-Schöneberg-Teleg. Abt. Pennerpudding

1. Musikabend im Sportpalast
Donnerstag, den 13. März, 7.30 abends

Verst. Philharm. Orchester
Berliner Lehrergesangverein
Kammersänger Jacques Urlus

Vorverkauf: Sportpalast, Potsdamer Straße 72. — Botz & Bock — an allen Konzertkassen von A. Wertheim

Wäschepracht

Die gute reißende Kernseife 66% Fe'gehalt.

Nur aus besten Rohstoffen! Stets in gleicher Güte! Ohne schädliche Bestandteile!

Stark & Co., Seifenfabrik G. m. b. H.
Berlin NO 55, Colmarer Straße 3-9.

Zigaretten,
Zigarren, Tabak
Adolf Wagg.
8, Hermannplatz 6
Hofladen.

Hecht Telephon-
Zigaretten, Zigarren,
Tabak billig
Lindenstr. 81

Haushaltseilen-Fabrik
Sodafreie harte Ware!
Johannes Dietz, Kinstlerstraße 44.

Möbel Müller!

Berlin C., Alexanderstr. 21 M. Egl. 177.

Speisezimmer, Herrenzimmer
Wohn- und Schlafzimmer, sowie
Einzelmöbel ab Fabrik zu billigsten Preisen.

Marken - Zigaretten
Saba, Halpaus, Juno, Salem, York, S. C. Wewestl, Blaukopf.

Alle führenden Marken am Lager
Große Auswahl in Zigarren, Tabak
Malsenberger Nchl. Krolapp,
Grüner Weg 88 (am Anhalterplatz).

Schwinnliste

23. Preussisch-Süddeutschen (249. Preuss.) Klassen-Lotterie.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-sections for '1. Klasse', '2. Klasse', and '3. Klasse'.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-sections for '4. Klasse', '5. Klasse', and '6. Klasse'.

Vollstühne

Lessing - Th. Heute und morgen 7 1/2 Was ihr wollt Freit. 7: Peer Gynt

Deut. Künstler - Th. Anabend 7 1/2 Señora

Th. Admiralspalast Allabendlich 7 1/2 U. Drauf und drüber

Deutsch. Opernhaus 6 1/2 Meisterfinger von Nürnberg

Intimes Theater Der Hindupins Der Schrei u. w.

Metropol - Theater Letzt. Vorstellung 7 1/2 Uhr: Marietta

Neues Theat. a. Zoo 7 1/2 Uhr: LILLY FLOHR in Meine Tochter Otto

Neues Volkstheater. U. U. D. Klokönigin

Thalia-Theater 7 1/2 U.: Frasquita

Deut. J. Operntheater U. U. Das Radiomodel

Wallner-Theater 7 1/2 U.: Mad. Pharaon

Lustspielhaus U. U. Der Liebestrank

Rose-Theater 7 1/2 U.: Goldschmieds Töchterlein

Advertisement for Trauringe (Wedding Rings) by Hermann Wiese, Jeweller, Berlin N. Artilleriestr. 30.

Large advertisement for G.H.K. Seife (Soap) featuring a circular logo and text: 'Hiermit bescheinige ich das meine Seife aus nur reinsten und edelsten Fetten hergestellt ist...'.

Advertisement for Folios Caprice, a play by Die Seine einer schönen Frau.

Advertisement for Apollo-Theater, featuring the play Die Abenteuerin.

Advertisement for Wohnungstausch (Apartment Exchange) in the area of Schiller, Wilmersdorf.

Advertisement for Wohnungstausch (Apartment Exchange) in the area of Schiller, Wilmersdorf.

Advertisement for Steppeden (Staircase) by Otto Reutter.

Advertisement for Besondere wirksam sind die Kleinen Anzeigen (Special effective are the small ads).

Advertisement for Willy Ferg, a tailor and clothing store.

Advertisement for Der elegante Herr Die elegante Dame (The elegant man, the elegant woman).

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Möbel (Furniture) including beds, sofas, and tables.

Advertisement for Autozubehör (Car Accessories) including tires and spare parts.

Advertisement for Unterricht (Education) including language and music lessons.

Advertisement for Verschiedenes (Miscellaneous) including various services and goods.

Advertisement for Getoverkear (Car Rental) including various car models.

Advertisement for Vermietungen (Rentals) including rooms and apartments.

Advertisement for Zimmer (Rooms) including furnished and unfurnished options.

Advertisement for Arbeitsmarkt (Job Market) including various job openings.

Advertisement for Stellengesuche (Job Applications) including various job seekers.

Advertisement for Stellenangebote (Job Offerings) including various job openings.

Advertisement for Tüchtige Maschinenmeister (Skilled Machine Masters) for various industries.

Advertisement for Tüchtiger Meister für Lederwarenfabrik (Skilled Master for Leather Goods Factory).

Advertisement for Schulmacher (Shoemaker) and other services.

Advertisement for Maschinenmeister (Machine Masters) for various industries.

Advertisement for Autozubehör (Car Accessories) including tires and spare parts.

Advertisement for Unterricht (Education) including language and music lessons.

Advertisement for Verschiedenes (Miscellaneous) including various services and goods.

Advertisement for Getoverkear (Car Rental) including various car models.

Advertisement for Vermietungen (Rentals) including rooms and apartments.

Advertisement for Zimmer (Rooms) including furnished and unfurnished options.

Advertisement for Arbeitsmarkt (Job Market) including various job openings.

Advertisement for Stellengesuche (Job Applications) including various job seekers.

Advertisement for Stellenangebote (Job Offerings) including various job openings.

Advertisement for Tüchtige Maschinenmeister (Skilled Machine Masters) for various industries.

Advertisement for Tüchtiger Meister für Lederwarenfabrik (Skilled Master for Leather Goods Factory).

Advertisement for Schulmacher (Shoemaker) and other services.

Advertisement for Maschinenmeister (Machine Masters) for various industries.

Kahr im Kreuzfeuer.

Staatskommissariat und Reichsgewalt — Reichsdirektorium — Marsch auf Berlin.

Zeuge Kahr erklärte am Schluß seiner Ausführungen: Wir stehen noch in Deutschland mitten in einer revolutionären Gärung. Die Geschichte lehrt, daß jede revolutionäre Bewegung eine neue in sich birgt und ich glaube, jedes so zerrissene Volk wie das deutsche erträgt das auf die Dauer nicht. Darum suchte ich die nationalen Verbände zu kräftigen, um die Regierung zu stützen und um zu verhindern, durch meine Einwirkung, daß diese nationalen Verbände vor Schritten bewahrt blieben, an deren Ende sie vielleicht scheitern müßten. Es wird die Zeit kommen, in der sich zeigt, daß nicht alle nationale Arbeit vergebens gewesen ist. Heute stehen vor dem Tribunal 14 Männer gegenüber, die den großen nationalen Gedanken in ihrem Herzen tragen und die das gleiche wollen, aber über den Weg uneinig sind. Nicht um Parteien handelt es sich hier, sondern um den Staat. Das nationale Bestreben muß erlösen, wenn es in dieser Atmosphäre fortleben soll, zum Schutze des Staates. Persönlich sehe ich allem ruhig entgegen. Wir können niemand etwas geben und niemand etwas nehmen. Ich bin ein freier Mann. Personen mögen gehen oder bleiben, wenn nur der Staat bleibt.

Nach einigen kurzen Fragen des Vorsitzenden trat dann eine Pause ein. Um 12 Uhr nach der Mittagspause wurde auf Antrag des Staatsanwalts die Debatte ausgesetzt, da Kahr zunächst über Dinge vernommen werden soll, die nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eine Gefährdung der Staatssicherheit bedeuten.

In der Nachmittags Sitzung

begann dann die mit Spannung erwartete Fragestellung der Verteidiger an v. Kahr. Der Vorsitzende hat zunächst die Fragestellung auf ein sachliches Maß zu beschränken und nach Komplexen einzuteilen.

Dann erhob sich zunächst der Verteidiger Hillers, R.-A. Roder: Exzellenz, Sie haben ein Konzept in Maschinenschrift bei Ihrer Aussage vorgelesen. Besteht dieses Konzept in mehreren Stücken und ist es verteilt worden? — Kahr: Es ist nach meinen stenographischen Notizen gemacht und ist in meinen Händen. Es mag sein, daß teilweise Abschriften vorhanden sind.

R.-A. Roder: An wen sind sie verteilt? — Kahr: Einen Abdruck hat Boffow und einen Seißer erhalten, und zwar um zu kontrollieren, ob alles, was ich gesagt habe, auch mit der Wirklichkeit übereinstimmt. — R.-A. Roder: Hat vor Ihrer Aussage eine gemeinsame Besprechung stattgefunden?

Kahr: Nein, meine Aussage ist endgültig von mir festgelegt. — R.-A. Roder: Hat auch keine gemeinsame Besprechung vor Ihrer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft stattgefunden? — Kahr: Nein. — R.-A. Roder:

Wie kommt es dann, daß jeder der drei Herren die falsche Darstellung gibt, daß Böhmer nach Ludendorff in das Zimmer des Bürgerbräu getreten ist?

Kahr: Ueber diesen Zeitpunkt kann ich keine bestimmten Angaben machen. — R.-A. Roder: Wie kommt es ferner, daß verschiedene der drei Aussagen gleichlautend sind? Das kann doch kein Zufall sein. Meines Erachtens haben sich die Herren ihre Behauptungen gegenseitig vorgelegt, und einer hat auf den anderen Bezug genommen. — Vors.: Es kommt doch nicht auf das an, was im Vordergrunde gesprochen ist, sondern was in diesem Prozeß gesagt ist. Ich bitte, diese Fragen zu unterlassen und halte Sie nicht für unangebracht.

Ein Vorstoß Hillers.

Hillers zu Kahr: Exzellenz Knilling hat als Begründung für die Schaffung des Generalkommissariats behauptet, daß wir schon vorher einen Hochverrat beobachtet hätten. Es ist für uns wichtig, festzustellen, daß diese Behauptung Knillings nur einem Irrtum entspringt. Denn wir sind überzeugt, daß Knilling nicht lügt.

Wann ist zum erstenmal die Bildung des Generalkommissariats ins Auge gefaßt worden?

Kahr (sehr leise und fast unverständlich): Das kann ich nicht sagen. Die Frage ist seit langem erwogen worden. — Hillers: Wann haben Exzellenz gehört, daß die Bildung beabsichtigt sei? — Kahr: Das ist schwer zu sagen, ich glaube Anfang September. — Hillers: Und warum wurde diese Frage aufgeworfen? — Kahr: Aus der ganzen Entwicklung der Verhältnisse heraus. — Hillers: Wann ist Ihnen positiv der Antrag gestellt worden, sich für dies Amt zur Verfügung zu stellen? — Kahr: Am 26. September im Ministerrat. — Hillers: Ist die Ansetzung zum Ministerat erfolgt oder von Personen, die später im Generalkommissariat tätig waren? — Kahr (sehr leise): Darüber kann ich keine Auskunft geben. — Hillers: War der Grund für die Bildung des Generalkommissariats der, daß wir 14 Versammlungen abhalten wollten und daß man von uns einen Putsch befürchtete? — Kahr (sehr leise): Das kann ich nicht sagen. — Hillers: Ihre Behauptung ist aber von Ihnen aufgestellt. — Kahr: Ueber die Vorgänge im Ministerrat kann ich nicht sprechen. — Hillers: Knilling hat im Landtag erklärt, daß Generalkommissariat sei dringend notwendig gewesen, um zu verhindern, daß Hitler nicht schon am 27. September einen Putsch mache. Das hat Knilling zu einer Zeit behauptet, als kein Reichsrat daran gedacht hatte. Die Bildung des Generalkommissariats ist aber schon Wochen vorher angekündigt worden, ehe unsere 14 Versammlungen angekündigt waren. Knilling mußte also in dieser Weise informiert worden sein.

Wäre es nicht Pflicht des Generalkommissars gewesen, dann sofort am nächsten Tage aus wegen landesverwärtlicher Rücksicht in Haft zu nehmen?

Kahr: Auch darüber kann ich keine Auskunft geben. — Hillers (ironisch): Das ist auch eine Antwort, Exzellenz. — Vors.: Ich halte diese Frage für unerheblich, zum mindesten kann sie an anderer Stelle gestellt werden. — Hillers: Diese Behauptung ist Knilling gegenüber erst vorgebracht worden, um das Ministerium zur Schaffung der ihm unangenehmen Institution des Generalkommissariats zu veranlassen.

Rechtsanwalt Dr. Luetgebrune: Die Anklage behauptet, daß den Anklagten die Gründung des Generalkommissariats die nationalsozialistischen Putschisten gegeben hätten, die dann den Anklagten zum Verbot der 14 Versammlungen gaben. Ist es richtig, daß Exzellenz an die Zeitungen die Erklärung gegeben haben, daß die Erlaubnis für die Versammlungen von der Erfüllung einer Reihe von Forderungen abhängig gemacht worden sei, die die Aufrechterhaltung einer gewissen Reserve in Form und Ausdruck der Ansprachen erstrebten? — Staatsanwalt Chardt: Ich möchte gern wissen, was das in der Anklage steht? — Rechtsanwält Dr. Luetgebrune: Nebenfalls wird diese Behauptung nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme auch zum Gegenstand der Anklage gemacht? — Staatsanwalt Chardt: Ich stelle fest, daß die Anklage sich mit diesem Punkt überhaupt nicht befaßt. — Kahr (sehr leise): Ich kann nur sagen, daß nach der Errichtung des Generalkommissariats und unserer Verhängung des Ausnahmezustandes sämtliche öffentlichen Versammlungen verboten waren. Ich kann mir nicht vorstellen, daß für dieses Verbot noch eine Erklärung gegeben sein soll. — Rechtsanwalt Roder: Welche Befugnisse hatte der Herr Generalkommissar?

kommissar? Ist bei seiner Ernennung darüber gesprochen worden? — Kahr: Ich kann darüber nichts ausagen. — Vors.:

Der Herr Zeuge ist vom Amtsgeheimnis nur soweit entbunden, als die Vorgänge des 8. und 9. November und die im unmittelbaren Zusammenhang damit stehenden Vorgänge in Frage kommen.

Diese Frage steht damit nicht in unmittelbarem Zusammenhang. — Rechtsanwalt Roder: Nach der Anklage haben die Angeklagten die Verfassung mit Gewalt geändert. Die Angeklagten waren aber der Auffassung, daß die einzige bestehende Gewalt in Bayern mit ihnen gegangen ist. — Vors.: Ich kann diese Frage nicht zulassen. — Erster Staatsanwalt: Die Nachrichten des Generalkommissariats gehen so aus der Verordnung des Ministeriums hervor. — Rechtsanwalt Roder: Diese Verordnung ist weder im Gesetzblatt noch im Staatsanzeiger zu finden. — Justizrat Kahl: Exzellenz Kahr's Befugnisse sind in öffentlicher Erklärung der Regierung bekanntgegeben. Insofern ist der Zeuge verpflichtet, auszusagen, ob diese öffentliche Erklärung alle seine Befugnisse umschließt oder ob ihm darüber hinaus noch weitere Befugnisse erteilt worden sind. — Darobhin zog sich der Gerichtshof über die Zulassung der Frage zurück. Nach kurzer Zeit verkündete der Vorsitzende den Beschluß, daß diese Frage nicht zugelassen werde, weil sie nicht im Zusammenhang mit den Schulfragen stehe und weil der Zeuge nicht so weit vom Amtsgeheimnis entbunden sei.

Schwere Angriffe gegen Kahr.

Rechtsanwalt Roder: War Exzellenz der Vollzug von Bundesgesetzen übertragen oder von Bundes- und Reichsgesetzen? Sonst ich weiß, hatte er doch die vollziehende Gewalt. — Kahr: Es kam alles in Frage, was mit der vollziehenden Gewalt in Bayern im Zusammenhang stand. — Rechtsanwalt Roder: Mit Auswahl? — Kahr: Der Vollzug des Strafgesetzes kam dabei auch selbstverständlich in Frage. — Rechtsanwalt Roder: Vom Strafgesetzbuch ist doch aber die Strafprozessordnung nicht weit entfernt.

War Exzellenz berechtigt, den Kapitan Ehrhardt und den Hauptmann Heiß nicht zu verhaften?

Gegen Ehrhardt schwebt ein Weisungsverfahren. Der gegen ihn erlassene Haftbefehl ist nicht vollzogen worden. Hauptmann Heiß hatte in Augsburg eine Rede gehalten, in der er in schärfster Form den Marsch nach Berlin gepredigt hatte. Es ist gegen ihn ein Haftbefehl erlassen worden, der aber nicht vollzogen wurde. — Vorsitzender: Diese Frage liegt auf demselben Gebiet, und ich kann sie nicht zulassen. — Rechtsanwalt Roder: Man muß doch aber die Auffassung der Angeklagten berücksichtigen. Ihre Stellung erhebt sich in einem ganz anderen Lichte, wenn es sich herausstellt, daß der verurteilte Reichsgesetz von der obersten Gewalt in Bayern nicht vollzogen worden sind. Es handelt sich da um eine ganze Reihe von Zeugen.

Außer der Strafprozessordnung ist auch der Vollzug des Republik-Schutzgesetzes von Exzellenz gehindert worden. Exzellenz hat ferner in die Zuständigkeit der Gerichte eingegriffen. Ich verweise dabei auf seine Erklärung in den Zeitungen, daß der gegenwärtige Prozeß in München und nicht beim Reichsgericht oder beim Staatsgerichtshof verhandelt werden solle.

Vorsitzender: Das Gericht wird über diese Fragen Beschluß fassen. — Erster Staatsanwalt: Ich halte diese Fragen nicht für zulässig. — Rechtsanwalt Hill: Für die Verteidigung ist es von größter Bedeutung, wenn diese Fragen hier beantwortet werden. Es kommt nicht darauf an, ob diese Maßnahmen Kahr der Stimmung des bayerischen Volkes entsprachen, sondern nur, ob sie erfolgt sind oder nicht.

Es ist ein wesentlicher Teil der Verfassung zertrümmert worden, nämlich die Justizhoheit. Gegen Kahlbach schwebte ein Haftbefehl. Trotzdem ist ihm im Auftrage Kahr's von Baron von Aufseß vom Generalkommissariat mitgeteilt worden, daß der Haftbefehl nicht vollzogen würde. Ehrhardt, gegen den ebenfalls ein Haftbefehl schwebte, ist im Auto von Oestereich nach Bayern gebracht und von Kahr begrüßt worden. Man hat ihm erklärt, er könne hier arbeiten, der Haftbefehl gegen ihn werde nicht vollzogen, und er hat dann einen Ausweis von Oberst v. Seißer erhalten.

Auch der vom Oberreichsanwalt gegen Hauptmann Heiß erlassene Haftbefehl ist von Kahr nicht vollzogen worden. Es ist also von ausschlaggebender Bedeutung, ob diese Maßnahmen tatsächlich erfolgt sind und, wenn ja, warum? — Justizrat Kahl: Ueber die Rechte des Generalkommissars liegt ja eine Erklärung des Ministeriums vor. Wie behaupten, daß er über seine Befugnisse soweit hinausgegangen ist, daß von der Reichsverfassung überhaupt nichts mehr übriggeblieben ist. — Rechtsanwalt Hill: Am 24. Oktober schreibt in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“, also der Partei des Herrn v. Kahr, daß Bayern gern eine Vermittlung annehmen würde, um den Konflikt mit dem Reich aus der Welt zu schaffen. In den nächsten beiden Nummern erklärt aber Herr v. Kahr, daß er es ablehnen müsse, mit einer Regierung, die einen Feigling annehmen lasse, und der die nötigen Kräfte und Ueberzeugungstreue fehlten, zu verhandeln. Einen größeren Widerspruch zwischen der Bayerischen Volkspartei und Herrn v. Kahr kann man sich doch nicht vorstellen.

Ich möchte weiter fragen, entzogen der Nichtvollzug der genannten Haftbefehle der eigenen Machtvollkommenheit von Exzellenz, oder geschah das auf Befehl von anderer Seite? Wenn das letztere der Fall ist, wäre es ein weiterer Beweis dafür, daß Kahr über die Verfassung hinweggegangen ist und sich zum Diktator gemacht hat. Dann wäre aber ein Hochverrat der Angeklagten nicht denkbar, weil die vollziehende Gewalt, der sichtbare Ausdruck der Volkssouveränität, in einer Person vereinigt war, die gar nicht gekürzt, sondern im Gegenteil höher gehoben werden sollte, nämlich zum Landesverweser. Dann kann man doch nicht von einem Hochverrat sprechen.

Vorsitzender: Kommen vielleicht noch mehr Fragen zu diesem Komplex? — Rechtsanwalt Roder: Ja, wohl, ich frage weiter:

Auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen hat Exzellenz sich für befugt gehalten, die Abkündigung des Generalkommissariats zu verhindern? Auf Grund welcher Bestimmungen hat er sich für befugt gehalten, die bayerische Reichswehr auf Bayern zu verpflanzen? Bei der Verpflanzung handelte Bayern als Treuhänderin des Reiches. Wie will Herr v. Kahr diesen Ausdruck rechtfertigen? Wer hat ihn zum Treuhänder gemacht? Ferner: Hat Exzellenz v. Kahr den Vollzug von bayerischen Landesgesetzen oder von Gesetzen schließlich übertragen bekommen? Wenn das letztere der Fall ist, hat er dann je nach Umständen einzelne Gesetze nicht vollzogen? Hat Exzellenz v. Kahr nicht nur die vollziehende, sondern auch die gesetzgebende Gewalt? Wenn nein, wie rechtfertigt er dann seine verschiedenen Gesetzgebungsakte? Es handelt sich dabei um sechs Kartoffelklassen, drei Bierklassen, die später wieder aufgehoben worden sind, zwei Getreideklassen, die

ebenfalls wieder aufgehoben worden sind, mehrere Erlasse über das Verbot öffentlicher Versammlungen, eine Verordnung über das Verbot von Streiks und Ausparierungen und ein halbes Dutzend Erlasse über Metzins usw. (Heiterkeit).

Erster Staatsanwalt: Ich bitte, alle diese Fragen abzulehnen. — Rechtsanwalt Hill:

Wer hat angeordnet, daß das Reichsbankgold in Nürnberg in dem Augenblick, als es nach Berlin übergeführt werden sollte, beschlagnahmt worden ist? Wer hat angeordnet, daß die Steuererträge des bayerischen Staates nicht an die Reichsfinanzkasse nach Berlin abgeliefert werden? Hat Exzellenz v. Kahr eine Beschränkung seines Amtes durch das Ministerium und den Landtag anerkannt? Ist es richtig, daß er entschlossen war, den Zusammentritt des Landtages zu verhindern und eventuell das Ministerium abzulehnen?

R.-A. Wener: Ex. Kahr hat erklärt, er lasse sich in der Frage Boffow nicht auf Verhandlungen ein. Er hat also Bayern auch nach außen hin vertreten. Mit welchem Recht? Die ihm nahe stehende Presse hat ferner geschrieben, Kahr sei Diktator, er sei kein Gott und seinem Gewissen gegenüber verantwortlich. Es ist nichts vom Generalkommissar gesagt, um diese Deutung zu widerlegen. Noch am 9. November hat er in seinem Aufruf die gesamte Staatsgewalt für sich in Anspruch genommen. Inwiefern hat Ex. v. Kahr gegenüber Reichsbehörden eine Befehlsgewalt für sich in Anspruch genommen? Es kommt mir nicht auf die auf dem Papier stehenden, sondern auf die de facto bestehenden Befugnisse an.

R.-A. Hemmeter: Vom Reichswehrministerium sind Offiziere in Bayern entlassen und verhaftet worden; diese Maßnahme ist verhindert worden. Also auch auf die Reichswehr hat sich die Macht Ex. v. Kahr's erstreckt. Welche Gründe waren dafür maßgebend? Wir sind der Ansicht, daß es dieselben Gründe sind, die sich auch mit der Verletzung der Angeklagten decken.

Wenn Ex. v. Kahr darauf keine Auskunft gibt, dann werden das andere Zeugen befragen.

Justizrat Schramm: Die Frage, wo die Grenze der Kompetenzen Kahr's liegt, ist ja schon im Landtag eingehend erörtert worden, ein Beweis dafür, daß die maßgebenden Herren sich selbst nicht mehr ausgekannt und die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Kahr seine Befugnisse sehr weit überschritten hat. Wir müssen jetzt unter allen Umständen den Kernpunkt, nämlich die rechtliche Seite des Prozesses, behandeln. Wir müssen feststellen, inwiefern Kahr im Besitz der bayerischen Macht war und wie weit er sich über die Reichsverfassung hinweggesetzt hat, so daß die Angeklagten die Ueberzeugung haben konnten, daß diese Reichsverfassung überhaupt nicht mehr existiert und daher auch nicht mehr gebrochen werden kann.

R.-A. Koch: Ist es richtig, daß Herr v. Kahr als Generalkommissar auch über Personen, die mit der Anklage nicht verhängt hat und daß diese Personen im Arbeitsbauwerk Dingen und Zubehören zusammenfassen mußten? — Justizrat Kahl:

In der Verordnung zum Schutz der öffentlichen Ordnung in Bayern heißt es, daß die Maßnahmen auf Verlangen des Reichspräsidenten oder der Reichsregierung außer Kraft gesetzt werden müssen. Die Reichsregierung hat bekanntlich die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern verlangt, ohne daß dies hier geschehen ist. Bedeutet das nicht allein Bruch der Verfassung?

Das Gericht zog sich hierauf zur Beratung zurück, und nach längerer Zeit erklärte der Vorsitzende, daß

famliche Fragen abgelehnt

werden.

R.-A. Roder: Es ist richtig, daß Exzellenz v. Kahr Ende Oktober aufgefodert worden ist, die Reichsbefehlsgewalt umgehend wieder herzustellen. Ich erinnere daran, daß von Berlin diese Aufforderung nach Inpflichtnahme der bayerischen Truppen erfolgte. Aus welchen Gründen hat Kahr das abgelehnt? — Vors.: Auch diese Frage ist aus dem angegebenen Grunde nicht zulässig. — R.-A. Roder: Ich bin anderer Ansicht, denn meine Frage hat mit dem Ausnahmezustand und mit den Gerichtsbeschlüssen nichts zu tun. Es handelt sich hier um eine spezielle Verletzung der Reichshoheit. — Vors.: Haben Sie noch andere Fragen? — R.-A. Roder: Exzellenz Kahr, was haben Sie unter der Diktaturmacht als Staatskommissar verstanden, wie Sie das in Ihrer Rede im Bürgerbräuhaus ausführten? — Exzellenz Kahr (nachdem er längere Zeit sein Manuskript durchgesehen hat): Ich habe ganz allgemein daran gedacht, alle Kräfte der Staatsgewalt zusammenzufassen. — R.-A. Roder: Damit meinen Sie aus, denn das ist nach nicht Diktatur. Im Schlußsatz Ihrer Bürgerbräuhausrede heißt es: „Heute vor fünf Jahren ist Deutschland zusammengebrochen, heute soll Deutschland neu auferstehen.“ Wollten Sie damit die Diktatur aufrechten lassen? — Zeuge Kahr: Ich verstehe darunter, daß vor fünf Jahren der Zusammenbruch aller staatlichen Verhältnisse eintrat und daß nur eine Restauration des Staates auf der Grundlage neuer Prinzipien möglich sein könnte. Es handelt sich um eine rein theoretische Betrachtung. — R.-A. Roder: Dann waren wohl Ihre Behauptungen gegenüber dem Minister Matt am Telefon auch nur rein theoretisch? (Lachen im Zuhörerraum). Roder fortfahrend: Wenn Exzellenz gegenüber dem Gesamtministerium darauf pocht, daß Sie allein alle Macht in Händen haben wollten, so bedeutet das praktisch nur Diktatur. — Exzellenz v. Kahr: Darüber kann ich hier nicht sprechen. (Lautes Lachen im Zuhörerraum). — R.-A. Roder:

Minister Matt hat am Morgen des 9. November in München einen Aufruf für das Gesamtministerium erlassen und Kahr hat ebenfalls einen solchen erlassen. Darauf hat Exzellenz Kahr den Zeitungen mitgeteilt, daß alle Macht lediglich bei ihm allein vereinigt sei. Sollte das ebenfalls nur eine theoretische Aussage ohne praktische Bedeutung sein?

Kahr: Das Gesamtministerium bestand doch nicht mehr. Es war doch nur ein Rumpfministerium von drei Ministern. Ich allein hatte tatsächlich alle Macht. — R.-A. Roder: Das Gesamtministerium bestand doch damals doch in Regensburg, und wenn Sie einen Aufruf über die Verfassung veröffentlichten, so brachten Sie sich doch in Gegensatz zu dem Gesamtministerium. — Kahr: Ich mußte, daß drei Minister sich in Regensburg befanden. In München aber war ich doch der einzige Mensch, der politische Macht besaß, die ich auf Grund des Artikels 48 der Verfassung erhalten hatte. — R.-A. Roder: Sie meinen also, das Gesamtministerium hätte Ihnen nichts dreinreden? — Kahr: Da keine Verbindung zwischen uns bestand, mußte ich wieder allein handeln. — R.-A. Roder: Auch das ist nicht richtig. Minister Matt hat mindestens Verbindungen mit München gehabt, da doch sein Aufruf hier angeschlossen worden ist. — Kahr: Das ist nur beiläufig richtig. — Vors.: Haben Exzellenz, das Rumpfministerium am 9. November abends noch anerkannt oder nicht? — Kahr: Geht es über das Ministerium wußte doch nicht, welche wirkliche Haltung ich einnahm. Nach den Vorgängen vom 8. November abends mußte

das Ministerium glauben, daß ich an der Bewegung Hillers teilhabe. — Robet:

Wiederum haben Sie, Erzengel, dann fünf Stunden zu der Erklärung an das Ministerium gebraucht, daß Sie im Bürgerklub nur Komödie gespielt hätten.

Rahr: Die Mitteilung war nicht so einfach, weil ich doch zunächst noch nicht wußte, wo sich die Herren befanden. — Vors.: Erzengel, Sie haben doch am 8. November, abends um 11 1/2 Uhr, mit Minister Ratt am Telefon gesprochen. Konnten Sie sich denn da nicht deutlich ausdrücken? — Rahr: Es bestand die Befürchtung, daß das Telefon überwacht war. — Vors.: Haben Sie einen Zeugen für das Gespräch mit Ratt? — Rahr: Das kann ich nicht mehr sagen. — Justizrat Kohl: Wenn aber nun sich eine Person findet, die sagen würde, wie das Gespräch in Wirklichkeit gelaufen hat? — Rahr: Es ist am besten, Sie vernahmen Minister Ratt darüber. — R.-M. Hemmeter: Ich verstehe nicht, daß Erzengel den Minister Ratt nicht gefragt haben, wie er zu erreichen sei. — Rahr (nach längerem Zögern): Da, ich wollte darüber nicht sprechen. — R.-M. Dr. Quetebrune: Ist Erzengel Rahr bekannt, daß das Gesamtministerium sogar eine Kritik der Gesamtbehandlungen des Erzengels abgelehnt hat? — Rahr: Das ist eine Angelegenheit, über die ich hier nicht sprechen darf. (Lachen im Auditorium.) — R.-M. Quetebrune:

Ist es nicht richtig, daß das Ministerium Maßnahmen, die Erzengel vor dem 9. November angedeutet haben nicht abgelehnt hat mit der Begründung, daß es dazu nicht zuständig sei?

Rahr: Das ist richtig. — Justizrat Schramm: Vermittlich hat Herr Minister Ratt Herrn v. Rahr doch von seiner Münchener Wohnung aus telephonisch angerufen. Wäre es nun nicht das Richtige gewesen, wenn Erzengel gesagt hätte: „Herr Ratt, kommen Sie zu mir, ich will Sie ins Bild sehen, weil ich mich telephonisch nicht zu sprechen getraue.“ — Vors.: Der Herr Zeuge glaubte, es genüge, daß Herr Minister Ratt allgemein informiert war. — Justizrat Schramm: Das ändert nichts an der Tatsache, daß Minister Ratt aber nicht richtig informiert worden ist. — R.-M. Kohl: In der Voruntersuchung sagte Herr v. Rahr aus, daß Minister Ratt der Ansicht war, Herr v. Rahr stände noch unter dem Zwange Hillers, und daß offenbar aus diesem Grunde das Rumpfkabinet nach Ravensburg gegangen sei, um von dort weitere Maßnahmen zu ergreifen. — Rahr: Auch darüber bitte ich, Minister Ratt selbst zu fragen. — Justizrat Schramm:

Mit ist bekannt, daß Minister Ratt in der Nacht vom 8. zum 9. November zu einem General sagte, er bleibe die Reichswehr und die Landespolizei gegen die neue Regierung auf, die mit dem Namen des Herrn v. Rahr verbunden sei.

Knoell, Hiller: Herr Minister Ratt hat erklärt, er wühle um 4 Uhr morgens noch nicht, welche Stellung Rahr eigentlich einnehme. Darf ich fragen, ob nicht vorher schon durch Baron v. Freyberg im Staatsministeramt die Reichswehr und Polizei alarmiert worden ist? — Rahr: Das ist richtig. Hiller: Dann geben Sie doch zu, daß man am Telefon ganz offen sprechen konnte. — Justizrat Kohl: Gibt es nicht einen Mobiltelefonapparat, der bei jedem Durchgang, ganz gleich von welcher Seite, automatisch in Kraft tritt? — Rahr: Die Verantwortung dieser Frage lehne ich ab. — Justizrat Kohl: Dann beantworte ich Ihnen die Frage: Es gibt einen solchen Plan.

Die Frage des Direktoriums.

Rechtsanwalt Dr. Meyer: Wor man im Ministerrat der Auffassung, daß die Reichsverfassung die bayerische Reichshoheit nicht antasten dürfe und daß man die Reichsverfassung als erledigt ansah? Ferner möchte ich wissen, ob Herr v. Rahr die bayerische Staatshoheit durch seine Person auch nach außen hin, d. h. über die bayerischen Grenzen hinaus, vertreten durfte? — Vors.: Die Beantwortung dieser Frage lehne ich ab. — Rechtsanwältin Kohl: Erzengel Rahr, Sie wollten doch ein Reichsdirektorium als Einmischung des Parlaments schaffen. Wie haben Sie sich das eigentlich gedacht? — Rahr: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung. — Rechtsanwältin Kohl: Bitte klären Sie mich darüber auf, welcher Unterschied besteht zwischen dem „Bormarsch nach Berlin“ und dem „Druck auf Berlin“? — Rahr: Das Behörde ist eine rein politische Aktion. — Rechtsanwältin Kohl: Und wenn man nun den Bormarsch nach Berlin nicht aufhebt? — Vors.: Das ist keine Frauenfrage. — Rahr: Ich verstehe darunter, daß auf Berlin ein Druck durch Industrie, Handel und Landwirtschaft ausgeübt werden sollte. — Rechtsanwältin Kohl:

Nach der Reichsverfassung geht alle Macht bekanntlich vom Volk aus. Wie wollten Sie nun ein Direktorium ohne parlamentarische Einmischung schaffen? Meinen Sie vielleicht, auf Grund des Artikels 48 die Volkssouveränität einfach in die Ecke stellen zu können?

Rahr: Das hing durchaus von den Faktoren ab, die Artikel 48 der Verfassung anzuwenden das Recht hätten. — Rechtsanwältin Kohl: Diese Erklärung ist mir etwas unverständlich; darf ich fragen, ob Sie die Reichsregierung von diesem Plane vorher verständigt haben? Zeuge Rahr:

Die Reichsregierung ist über diese Absicht durch die maßgebenden Faktoren von Industrie und Landwirtschaft ins Bild gesetzt worden.

(Bewegung.) — Rechtsanwältin Kohl: Was das Direktorium tun sollte, war doch aber nichts anderes, als vollendeter Hochverrat. — Rahr: Durchaus nicht. Stresemann hatte ja bekanntlich erklärt, daß sein Kabinet die letzte parlamentarische Regierung sein würde und hatte die Möglichkeit eines Direktoriums bereits angedeutet. — Rechtsanwältin Meyer: Glauben Sie wirklich, Erzengel, daß der Reichspräsident nach seiner ganzen Einstellung und politischen Zugehörigkeit ein Reichsdirektorium zuzulassen hätte, das durch seine Funktionen, sogar wir mal, eine Beamtenordnung, an dem Herrn Reichspräsidenten verübt hätte? — Vors.: Auch das ist keine Frauenfrage. — Justizrat Kohl: Kennen Sie die Schrift „Veni vidi“ und kennen Sie deren Verfasser? — Rahr: Nein. — Rechtsanwältin Kohl: Warum haben Sie die „Rote Schrift“ über den Putsch verlesen, aber nicht die „Veni vidi“? — Rahr (nach einigem Zögern): Ich habe die „Rote Schrift“ nicht ganz genau gelesen. (Lachen im Saal.) — Vors.: Wenn diese Kundgebungen nicht aufhören, lasse ich den Saal räumen.

Rechtsanwältin Dr. Quetebrune: Ist es richtig, daß Erzengel sich hab'n geäußert haben, die Pläne der Reichsregierung bezüglich der Entlassung von Erzengel Bollow seien unannehmbar und müßten von Ihnen als ein unfreundlicher Akt bezeichnet werden. — Vors.: Diese Frage steht nicht im Zusammenhang mit dem Prozeß. Ihre Richtigkeit kann aber untersucht werden. — Rechtsanwältin Quetebrune:

Die Veröffentlichung von Erlässen von Erzengel Seest an die gesamte Reichswehr, also auch an die bayerischen Truppen von Erzengel Rahr verboten worden?

Vors.: Ich betrachte diese Frage als unzulässig. — Rechtsanwältin Dr. Quetebrune: Ist es richtig, daß Erzengel Rahr auf eine Anfrage aus der Presse, ob er eine Verhandlung zwischen Bayern und der Reichsregierung über den Fall Bollow ablehne, in zustimmendem Sinne beantwortet hat? — Rahr: Ja wohl. — Rechtsanwältin Kohl:

Ist es richtig, Erzengel, daß Sie bei einer Besprechung mit den Kampfbundgenossen erklärten, „den Befehl zum Losschlagen gebe ich“?

Rahr: Der Sinn war jedenfalls, daß sich alles meinen Befehlen unterzuordnen hätte. Es war bei dieser Besprechung von den Verhältnissen in Thüringen und Sachsen die Rede. — Rechtsanwältin Kohl: Als diese Besprechung stattfand, nämlich am 6. November, war durch Eingreifen der Reichswehr in Thüringen und Sachsen aber bereits alles geregelt. — Rahr: Wir rechneten aber immer noch mit der Möglichkeit, daß auch bayerische Truppen

herangezogen werden konnten. — Justizrat Kohl: Erzengel Rahr, haben Sie mit dem Reichspräsidenten über die Frage eines Reichsdirektoriums auch nur eine Zeile gesprochen? — Rahr: Darüber kann ich hier nicht sprechen, da es sich um eine rein bayerische Angelegenheit (1) handelt. — Justizrat Kohl:

Dann frage ich Sie, ob überhaupt mit jemandem über die Frage eines Reichsdirektoriums verhandelt worden ist. — Zeuge Rahr: Nein. (Bewegung.)

Rahr und der Marsch auf Berlin.

Rechtsanwältin Kohl: Ist Ihnen bekannt, daß am 22. September 1922 in „Bayern und Reich“ folgender Artikel stand: „Die Stunde ist da! In dem Augenblick, wo das Unheimliche von Weimar mit der Unerbittlichkeit der Naturerese den Weg alles Besseren ebnen wird, was nicht lebensfähig ist, ist die Zukunft des unsterblichen Reichsgedankens unserem Vaterlande zu treuen Händen überantwortet. Jetzt gilt die Tat. Wer jetzt erst Rat zu pflegen beginnt mühte, der würde sich verhängnisvoller Verschümmel während der letzten verantwortlichen Wochen schuldig sprechen. Vertonte Ministeratsitzungen bedeuten das Einverständnis einer Einheitsfront, die der Ernst der Lage nicht duldet. Die Zeit der Kompromisse ist vorüber. Eine Regierung, die jetzt den klaren Weg noch nicht vorgezeichnet hätte, mühte die Bahn für entschlossene Männer freimachen. Heute brauchen wir nicht mehr in das Volk hineinzuhörten, seine Stimme bringt vernünftig genau an jedes Ohr, das sich nicht in trampfahler Verstockung verhielt.“ v. Rahr: „Ich kann hierauf in öffentlicher Sitzung nicht antworten.“ Rechtsanwältin Kohl:

„Oberst Inglander hat auf dem „Deutschen Tag“ erklärt, ein Erzengel würden marschieren, er warte bei Ihnen gewesen, und Sie hätten ihn darüber genau unterrichtet.“

Rahr: Ich habe Herrn v. Inglander nicht ermächtigt, darüber zu sprechen.“ Rechtsanwältin Kohl: „Das ist ja auch ganz gleichgültig, ob Sie ihn ermächtigt haben oder nicht. Hat sich Herr v. Inglander diese Nachricht aus den Fingern gelogen? Ich glaube das nicht, da ich Herrn v. Inglander als einen wahrheitsliebenden

Die Notverordnungsdebatte.

Der Reichstag setzte gestern die dritte Lesung des Reichsgesetzes über den allgemeinen Ausproben in Verbindung mit den Interpellationen über den Schuß der Arbeitskraft und die Steuerlasten der Landwirtschaft vor. Abg. Dierckx (Bayer. Sp.) der Regierung vor, sie treibe Raubbau am Volkserwerb durch die unerträglichen sozialen und steuerlichen Lasten und durch zu geringe Fürsorge für die Produktion, namentlich der Landwirtschaft. Er bekämpft weiter das Kartellwesen, fordert industriellen Preisabbau und regt an, bis zur Höhe von 10 000 Mark eine wertbefreiende fünfprozentige Verzinsung zu geben. (Beifall bei der bayerischen Volkspartei.)

Abg. Elschberger (Bayer. Bauernbund): Wenn die Parteien mehr Wirtschafts- und weniger Parteipolitik getrieben hätten, wären wir ohne Ermächtigungsgesetz durchgekommen. Jeder hat die Pflicht, Steuern zu zahlen, aber die Steuern müssen auch gerecht sein und dürfen den Mittelstand nicht erdrücken.

Die höchsten und reichsten Herrschaften sind durch die Maßnahmen des Steuergesetzes hindurchgeschlüpft.

Der Bauer soll aber heute wieder neue Steuern nach dem Maßstab des Wehrbeitrages zahlen. Die Reichen haben für alle möglichen Zwecke Geld, auch für nationalpolitische Propaganda, aber vor dem Steuerzahler drücken sie sich. (Beifall Zustimmung links) Ich protestiere namens meiner Partei energisch gegen Ludendorffs abfällige Äußerungen über den Putsch und die Katholiken. Redner kommt dann auf die Grundzüge des bayerischen Föderalismus zu sprechen. Als er dabei sich über „preussisches Junkertum“ abfällig äußert, wird ihm von rechts zugerufen: „Das verstehen Sie nicht!“

Abg. Soudki (Dem.) wendet sich gegen die Beamtenabbauverordnung. Wir bedauern, daß das alte Beamtenrecht so unzulänglich war. Aber die Schuld daran tragen die alten reaktionären Kreise. Wir verlangen eine Berufungsinstantz, an die sich die abgebauten Beamten wenden können. Ein neues Reichsbeamtengesetz muß baldigt eingebracht werden. Politische Gesinnung, Religion und gewerkschaftliche Einstellung dürfen beim Beamtenabbau keine Rolle spielen.

Höhrte Beamte aber, die den Abbau leisten, propagieren öffentlich in den Zeitungen den politischen Abbau und sprechen von Verrückung der „Revolutionsgewinnler“.

Diesem Treiben soll unser Antrag Einhalt tun.

Reichsfinanzminister Dr. Luffner:

Die Vermaltungsabbauf Kommission ist eine durchaus unpolitische Stelle. Sie besteht aus dem Präsidenten der Oberrechnungskammer und den Herren Vewald und Busch. Herr Weiser gehört ihr nicht an, sondern ist ihr Angestellter. Die Kommission hat nur sachliche Entscheidungen zu treffen, die politischen fällt das Kabinet. Mit dem Personalabbau hat die Kommission nichts zu tun, sondern dieser Personalabbau wird von den zuständigen obersten Reichsbehörden durchgeführt. Die Regierung hat die bestimmte Hoffnung, daß der gesamte Abbau spätestens im Laufe des Jahres beendet sein wird. (Aufe: Erst 1923?) Jetzt ist vorgesehen: 1921! Dem Kabinet liegt ein Entwurf zur Veränderung der Abbaueinrichtung vor, der eine besondere Nachprüfung im Sinne der preussischen Ausführungsbestimmungen für solche Beschwerden vorsieht, bei denen eine Verletzung der politischen und rechtlichen Neutralität behauptet wird. Der Erlaß der neuen Verordnung dürfte sehr bald erfolgen. Im übrigen haben die Beratungen des Sparausschusses gegenüber allen Beschwerden die völlige Objektivität des Abbaues bestätigt. Für die ungerechte Steuerbelastung in früherer Zeit kann man die jetzige Regierung nicht verantwortlich machen. In der für uns allein in Betracht kommenden Zeit vom 1. Dezember v. J. bis zum 31. März d. J. sind an Steuern vom Besch. erhoben worden nach einer Vorausschätzung 54 Proz. der gesamten Steuern, nach dem tatsächlichen Einkommen sogar 58 Proz., an Steuern vom Arbeitslohn 12,5 bzw. 14 Proz., an Steuern auf Vermögensmittel 5,5 bzw. 4 Proz., an Steuern auf den Umsatz 23 bzw. 24 Proz. Dazu kommt allerdings die Belastung durch die Steuern der Länder.

Die Miessteuer

allerdings wird keineswegs immer nur von den Mietern getragen. Wer in der Praxis steht, der weiß, wie weit die steuerliche Belastung wirtschaftlicher Betriebe schon vorgedrungen ist. Grundlag der Regierung ist, daß an der Zahlung der Steuern festgehalten wird. Aber die Behauptung, daß der Besch. noch nicht bis zum äußersten an Steuern herangezogen sei, ist ganz abwegig. Vor mir liegt eine Steuerberechnung für eine industrielle Unternehmung mit einem Vermögen von 6 Millionen Goldmark. Sie ist mit 46,9 pro Mille ihres Vermögens belastet. Bedenkt man, daß die meisten Unternehmungen heute keinen erheblichen Gewinn abweisen, so bedeuten 3 Proz. des Vermögens eine ungeheure Belastung. Dr. Heiserich hat meine Zahlen über die Steuerbelastung des deutschen Volkes bestritten. Aber seine eigenen Berechnungen beruhen offensichtlich auf irigen Voraussetzungen. Er geht nämlich von dem Gesamteinkommen der Ausgabenden aus, die in Reich, Ländern und Gemeinden im Jahre 1913 gemacht worden sind. Darin sind aber auch die Einkommen aus den Eisenbahnen enthalten. Ich habe als Grundlage die Belastung mit Steuern genommen. Für eine Schätzung des Realvermögens fehlen heute alle rechtlichen Grundlagen. Die Auffassung Dr. Heiserichs davon ist aber ganz unmöglich. Aus seinen Berechnungen ergibt sich aber ebenso wie aus den meinen die ungeheure Belastung des deutschen Volkes. Dagegen gibt es kein anderes Heilmittel, als einmal die Steigerung der Einnahmen aufs äußerste und dann die Beschränkung der Ausgaben ebenfalls aufs äußerste.

Wann Kenne.“ Rahr: Ich kann mich jedenfalls daran nicht erinnern.“ Rechtsanwältin Kohl:

„Nennen Sie den Herausgeber der Zeitschrift „Der Hammer“, Herrn Frisch aus Leipzig, und haben Sie diesem Herrn nicht erklärt, daß Sie den Bormarsch nach Berlin antretent?“ Rahr: „Daran erinnere ich mich nicht.“ Justizrat v. Zeischwitz: „Herr v. Rahr, ich war Zeuge dieser Unterredung.“ (Große Bewegung im Saal.) Herr Oberst v. Seifer hat uns selbst zu Thau hingeführt und Herr Professor Stimmann war gleichfalls dabei. Herr Frisch ist doch jetzt zu einer Besprechung aus Leipzig hergekommen.“

Rahr: Zu mir kamen täglich mindestens 10 Leute, das macht im Jahr 3600. Wie soll ich mich da noch an jede Unterredung erinnern — R.-M. Kohl: Haben Sie nicht zu Herrn Alfred Roth gesagt: „Sorgen Sie dafür, daß beim Bormarsch unsere Linke Flanke nicht klafft?“ — Rahr: Das weiß ich nicht. — Justizrat Schramm: Ich habe hier einen Brief aus Ulm erhalten, in dem mir geschrieben wird, daß ein Herr Georg Kirck bei Ihnen gewesen ist, und daß dieser Herr in Ulm in einer Besprechung gesprochen und behauptet hat, er käme von Erzengel v. Rahr. Erzengel Rahr habe ihm erklärt, er habe das Generalkommissariat nur unter der Bedingung übernommen, daß er persönlich volle Handlungsfreiheit behalte, daß er in Berlin die nationale Diskretion ausüben könne, er sei mit Hitler geeinigt habe und wüßte, daß ein Losschlagen gegen Berlin unmittelbar bevorstehe. Erzengel v. Rahr habe zu Herrn Kirck gesagt, Sie wüßten, daß Sie Ihres Erfolges sicher seien. Alles möge sich bereithalten zu dem Plan. Haben Sie Herrn Kirck autorisiert, daß er öffentlich bekanntzugeben? — Rahr: Nein, es ist ja auch Unsinn, da ich gar keine Vorbereitungen getroffen habe. Da kommen die Leute zu einem, besprechen alles Mögliche, und hinterher gehen sie hinaus um irgendwelche Dinge in die Welt, die gar nicht vorhanden sind. — Justizrat Schramm: Ist aus dieser Besprechung nicht eine Ergebnissadresse an Sie gekommen? — Rahr: Das kann ja sein.

Hier wurde die Vernehmung abgebrochen und auf Mittwoch früh vertagt. Es soll dann zunächst Oberst v. Seifer vernommen werden.

Abg. Katschn (Komm.) erklärt die Debatte der letzten Tage als ein bitteres Spiel.

Abg. v. Graefe (Deutschvölkisch): Der Reichstagler hat den von ihm in seiner Rede angestrebten Zusammenschluß des Volkstums sofort dadurch unmöglich gemacht, daß er einen neuen Kulturkampf einleitete. Wie hören hier einen deutschnationalen Redner, der an seine sehr engen Beziehungen zur Rathenau-Politik erinnert, dem Verhängnis unseres deutschen Volkes, und der daraus die logische Konsequenz, jeg in diesem Augenblick ausgerechnet von Ludendorff abzurufen. Der völkisch-sozialer Staat wird sich dennoch gegen das jüdische internationale Kapital durchsetzen. Wenn Wilhelm II. 1918 nicht den Einflüsterungen seiner Umgebung, Balfin, Friedländer-Gud und Rathenau, folgend, den Widerstand aufgegeben hätte, dann wäre vielleicht manches besser geworden. Dem Vortrags der jüdischen Demokratie von 1918 ist die Enttäuschung der Halbescheit aller sozialen Versprechungen gefolgt. Alle Parteien dieses Hauses stehen blind der Tatsache gegenüber, daß sich jetzt eine neue Staatsform entwickelt. Jetzt geht der Kampf nur zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern.

Abg. Wegmann (bei keiner Fraktion): Der Parlamentarismus ist durch diesen korruptierten Reichstag so in Mißkredit geraten, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten andere Wege suchen werden, um sich vom kapitalistischen Druck zu befreien, die Diktatur der proletarischen Massen.

Damit ist die politische Aussprache geschlossen.

Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen, Einzelberatung des Reichsgesetzes.

Aus der Partei.

Kandidatenaufstellung.

Der Bezirksparteitag für Ost-Westfalen und die beiden sippischen Freistaaten tagte am Sonntag unter Teilnahme von 152 Vertretern in Bad Schwalbach. Für den Parteivorstand war anwesend der Genosse Partels. Genosse Severing sprach in einem großzügig angelegten Referat über die politische Bedeutung der Reichstagswahl, während Genosse Schred die für diesen Kampf wichtigen Fragen der Technik und Taktik behandelte. In voller Einmütigkeit wurde von jeder Debatte Abstand genommen. Dem vorgelegten Wahlvorschlag wurde einstimmig zugestimmt. In den ersten sechs Stellen der Reichstagsabteilung stehen: Severing, Schred, Janke, Schlüter, Frau Deitmer und Jädel. Der Parteivorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Er konnte berichten, daß außer einem Zuwachs von Mitgliedern in den beiden letzten Monaten über 4000 neue Abonnenten zu verzeichnen seien.

Am gleichen Sonntag fand in Hamm der Bezirksparteitag für das Westliche Westfalen statt. Genosse Weis hielt das einleitende Referat über die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen. Die Kandidatenaufstellung rief eine längere und zum Teil scharfe Aussprache hervor. Gemäß dem Statut hat der Bezirksparteitag sich an die Beschlüsse der Unterbezirke in seinem Vorschlag an den Parteitag gehalten. Als Eigenkandidat wurde wiederum Genosse König vorgeschlagen (wie bei der letzten Reichstagswahl als Sammelkandidat der kleinen Unterbezirke); an 2. Stelle Gen. Robert Schmidt (Dortmund-Hörde); an 3. Gen. Husemann (Bochum-Gelsenkirchen); an 4. Gen. Ludwig (Hamm-Süd); an 5. Gen. Fren Schütz (Bochum-Gelsenkirchen); an 6. Gen. Spiegl (Münster-Nerhn); an 7. Gen. Dellinghaus (Hagen); an 8. Gen. Pieper (Dortmund). Der Bezirksparteitag beschloß mit 94 gegen 59 Stimmen, hauptgegenwärtig zu verfahren und sich an die Beschlüsse der Unterbezirke zu halten. Eine Umstellung der Liste erfolgte noch insofern, daß die Genossin Schulz an die 4. Stelle gerückt wurde. Die Genossen Dellinghaus und Pieper verzichteten auf eine Kandidatur.

Briefkasten der Redaktion.

R. F. B. 4. Der Redaktionsrat von Hans Günther und Rud. Berlog freundlichste Verlobungsbuchung, Stuttgart. Auf festgesetzte Hochzeitstag gibt es keine Eltern. — Einzelfrage. Uns nicht bekannt.

Sei sparsam!!!

Nimm:

NIVODONT-ZAHNPASTA
als billiges und bestes Zahnpflegemittel, um weisse und gesunde Zähne zu erhalten

CALCIFORM-TABLETTEN
als Schutz gegen Erkältung, Grippe und gegen Mundgeruch

CAMPHOLINT
als beste Hautcreme zur Behandlung von Frost- und Hautwunden und gegen rauhe und rote Haut

CAVALIN
als sicher und schnell wirkendes Streifenmittel gegen Foss- und Achselchweiss. Ohne schädliche Nebenwirkung.

